

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Konvaleszenz 0,70 Goldmark, Restausgabe 1,- Goldmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 30. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Erste englische Wahlergebnisse.

Konservative Erfolge — hauptsächlich auf Kosten der Liberalen.

London, 30. Oktober. 1 Uhr Londoner, 2 Uhr Berliner Zeit. (Eigener Drahtbericht.) Der Stand der Parteien ist folgender:

Table with 2 columns: Party Name and Seats. Conservative 82, Arbeiterpartei 41, Liberale 13, Unabhängige 1.

London. (Eigener Drahtbericht.) Um 1/2 1 Uhr Londoner Zeit (1/2 2 Uhr mitteleruropäischer Zeit) lagen folgende Gesamtergebnisse vor:

Table with 2 columns: Party Name and Seats. Conservative 60, Arbeiterpartei 29, Liberale 10, Unabhängige 1.

Damit haben die Konservativen 20 neue Sitze gewonnen und einen alten verloren, die Arbeiterpartei 3 neue gewonnen und 9 alte verloren...

Eine erste Ausgabe der liberalen „Daily News“ bezeichnet in ihrer Balkenüberschrift den ersten Eindruck der Wahlen als einen völligen Umwälzung zugunsten der Konservativen.

London, 30. Oktober nachts. (Eca.) Die Gewinne der Konservativen sind bisher in der Hauptsache auf Kosten der Liberalen errungen worden.

Henderson, Walsh, Clynes wiedergewählt, Margaret Bondfield geschlagen.

London, 29. Oktober. 11 Uhr 45 Min. abends. (WTB.) Die ersten Wahlergebnisse bringen konservative Gewinne in industriellen Wahlkreisen.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Nach den bis 1/2 1 Uhr Londoner Zeit vorliegenden Resultaten sind folgende Mitglieder des Kabinetts wiedergewählt...

Teilerfolge der Arbeiterpartei.

London, 30. Oktober. 2 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Der Unersahlbare Arbeiterparteieller indischer Abstammung Sallatobala...

London, 30. Oktober. 12,50 Uhr vormittags. (TL.) Soeben eingetroffenen Meldungen zufolge scheinen sich die Aussichten für die Arbeiterpartei gebessert zu haben.

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Unersahlbare Arbeiterparteieller indischer Abstammung Sallatobala...

London, 30. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Unersahlbare Arbeiterparteieller indischer Abstammung Sallatobala...

Bürgerblock-Erfolge.

London, 29. Oktober. (WTB.) Abends 11 Uhr. Die ersten bekannt gewordenen Wahlergebnisse brachten den Konservativen fünf Gewinne...

Die drei Salforder Wahlkreise (Umgebung von Manchester), die die Konservativen gewonnen haben...

mit nur 116 Stimmen Mehrheit, standen jedoch diesmal lediglich einem konservativen Bürgerblockkandidaten gegenüber.

Die Erwartungen der Parteileitungen.

London, 29. Oktober. (WTB.) Wie der amtliche Justizdienst meldet, zeigen die in den Hauptquartieren der einzelnen Parteien eingegangenen Berichte...

Im Hauptquartier der Arbeiterpartei erwartet man andererseits, daß die Partei trotz des Sinowjew-Briefs und der von den anderen Parteien an der Tätigkeit der Regierung im Innern geübten Kritik wesentliche Gewinne erlangen wird.

Im Hauptquartier der Liberalen scheint man auf eine Besserung in ihrer parlamentarischen Stellung nicht zu rechnen.

Starke Wahlbeteiligung.

London, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahlkampf hat bis zur letzten Stunde seine Schärfe beibehalten.

Die Abstimmung begann mit der Eröffnung der Wahlbüreaus sofort unter sehr großem Andrang.

London am Wahltag.

London, 29. Oktober. (Eca.) Ganz London befindet sich heute in einer Art von Laune, die sich mit einem rheinischen Karneval vergleichen läßt.

Alle Parteien haben große Säle, ja ganze Hotels gemietet und ihre Wähler zu Lustbarkeiten und künstlerischen Darbietungen eingeladen...

Nieder mit der Reaktion!

Von Philipp Scheidemann.

Niemals ist von einer politischen Partei ein so verächtliches Spiel getrieben worden, wie von den Deutschnationalen mit der Erfüllungspolitik im allgemeinen...

Die Mehrheit der Nationalversammlung hat im Juli 1919 die Unterzeichnung des Versailler Vertrages beschlossen, nachdem von den Gegnern der Unterzeichnung die Erklärung abgegeben war...

Die Zahl der Jünglinge und Mädchen, die auf den all-deutschen, jungdeutschen, völkischen und deutschnationalen Schwindel hineinfelen...

Die Reaktionäre aller Richtungen, besonders aber die Deutschnationalen, haben durch ihre Agitation den Feinden die Bedrückung Deutschlands erleichtert...

Den Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten ist es gelungen, trotz der verbrecherischen Politik der deutschen Reaktion internationale Beziehungen besonders mit England und Frankreich wiederherzustellen.

Die Sozialdemokratie erkannte die Bedeutung des Dawes-Gutachtens sofort und legte sich dafür ein.

Helfferich sprach von einem „zweiten Versailler“, einem „neuen Fluch“, den das deutsche Volk auf sich nehme.

Wir Sozialdemokraten kennen unsere Pappenheimer, wissen, wie man die deutschnationalen Seiffeninen und ihre Befolgsmänner einzuschätzen und zu behandeln hat.

den ihr habt ist eine Heidenangst vor Neuwahlen, vor der Abrechnung des Volkes!

Hergl, der gefeierte Führer der Deutschnationalen, kochte vor Zorn — begreiflicherweise, hatte er doch sogar verlangt, daß die Reichsregierung, weil sie dem Dawes-Gutachten zustimmen wolle, vor den Staatsgerichtshof gestellt werden müsse!

So hatten die Deutschnationalen auf offener Bühne gespielt. Hinter den Kulissen kühnhandelnd sie mit der Deutschen Volkspartei, den würdigen Erben der Nationalliberalen, um den Judaslohn, den sie bekommen sollten, wenn sie verrieten, was sie öffentlich feierlich gelobt hatten.

Die „Volksvertreter“ wurden sich einig. Wenn die Deutschnationalen, die sich zur Erfüllungspolitik bereit erklärten, soviel Mann abkommandierten, daß das entscheidende Dawes-Gesetz über die Eisenbahnen die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit fände, dann sollte das Koalitionsministerium in Preußen gesprengt werden, die Deutschnationalen sollten vier Ministerposten in der Reichsregierung haben und der Bürgerblock sollte begründet werden!

Für Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten war die Zustimmung zu den Dawes-Gesetzen eine Handlung im Interesse von Volk und Vaterland, also ein vaterländisches Beginnen, für die Deutschnationalen aber war es doch, wie sie tausendfach verkündet hatten, Volks- und Landesverrat!

Sie stellten die „Landesverräter“ — 49 ausgewachsene Deutschnationale von insgesamt 99, die sich an der Abstimmung beteiligten.

Als ihnen dann — bildlich gesprochen — nach dem „Schwerstoff“ ins Herz des deutschen Volkes — millionenfällig ins Gesicht gespußt wurde, da schrien sie nach der Belohnung und verlangten die vier Stühle im Reich, verlangten die Beilegung Seinerings und Brauns in Preußen, verlangten den „Bürgerblock, ohne den sie Bürger, Beamte, Geschäftsleute und Arbeiter durch Zölle und Steuern nicht so schröpfen können, wie sie es für erforderlich halten, wenn sie sich selbst gebührend schonen wollen.“

Der deutsche Michel hat sich schon hundertmal belügen und betrügen lassen. Als Ludendorff längst wußte, daß alles verloren war, als er seine Friedens-Betteltelegrame nach Berlin bereits formuliert hatte, sein Kumpan Nicolai aber immer noch Siegesmeldungen produzierte, da glaubte der gute deutsche Michel immer noch an den Sieg! Als Ludendorff vor dem durch ihn verschuldeten vollkommenen Zusammenbruch unter dem Namen Lindström aus Angst längst nach Schweden geflohen war, da wartete der deutsche Michel immer noch auf die Siegesbotschaften. Und als später, nachdem die Sozialdemokraten das Vaterland wirklich vor dem Zerfall bewahrt hatten, die reaktionäre Sippchaft die bekanntesten Arbeiterführer Tag für Tag verdächtigte und verleumdete, um die Aufmerksamkeit von den eigenen Schandtaten abzulenken, da ist der deutsche Michel wiederum vielfach auf die plumpen Manöver hineingefallen.

Wird der deutsche Michel die Zipselmütze nun endlich herunternehmen, nachdem die Deutschnationalen sich offen vor aller Welt als ganz gewissenlose, unwahrhaftige, unehrliche Politiker gezeigt haben? Wer kann einem Menschen, der heute gegen Entschädigung tut, was er gestern als erbärmlichen Verräter gekennzeichnet hat, das geringste Vertrauen schenken?

Wo ein Deutschnationaler oder ein volksparteilicher Gesinnungsverwandter sich sehen oder hören läßt, da weist ihm die Tür! Bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg haben zehntausende Wähler den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den Völkischen entrüstet den Rücken gekehrt. Diese drei Parteien haben zusammen nach kaum fünf Monaten nahezu 60 000 Stimmen verloren. Der Verlust der Kommunisten beträgt rund 33 000 Stimmen. Die Sozialdemokratie allein hat 1000 Stimmen gewonnen, obwohl die Beteiligung an der Wahl ganz bedeutend zurückgegangen war. Mit Abscheu muß und wird

das Volk sich von den Reaktionsären wenden, sobald es sie in ihrer ganzen Erbärmlichkeit, Habgier und Herrschsucht erkannt hat!

Die bevorstehenden Wahlen geben Gelegenheit, die Gewaltpolitik von rechts und links zu erledigen. Tut es, Wähler und Wählerinnen, indem ihr sozialdemokratisch wählt!

Harakiri

Bruderfreit der Schwarz-Weiß-Roten.

Die „Kreuzzeitung“ sieht sich gezwungen, aus den ihr nahestehenden Kreisen eine Zuschrift eines Herrn v. St. Gr. abzufragen, in der eine schwere Niederlage der Deutschnationalen vorausgesetzt wird. Die Zuschrift führt die bezeichnende Ueberschrift „Harakiri“, womit bekanntlich der Japaner die dem Europäer höchst unympathische Sitte des sich selber den Bauch Ausschneidens bezeichnet, und führt aus: Alle Parteien, die an den ersten Verhandlungen um die Regierungsbildung beteiligt gewesen seien, hätten „mitde gesagt, einen guten Teil des Vertrauens ihrer Wähler verloren.“ Darum bleibe gar nichts anderes übrig, als daß alle Rechtsparteien das Harakiri, den selbstmörderischen Bauchschnitt, an sich vollzögen und unter der einzigen Parole „Schwarzweißrot!“ in den Wahlkampf gingen.

Die „Kreuzzeitung“ nennt das „ein charakteristisches Zeichen aus den Kreisen der Wähler“, ist aber von der Heiligkeit des angegebenen Rezepts nicht ganz überzeugt.

Wie weit hin es mit der schwarzweißroten Einheitsfront ist, zeigt übrigens zu gleicher Zeit ein Aufsatz des bisherigen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten v. Freitagsh-Voringhoven in der „Deutschen Zeitung“. Dieser bekannte Führer der Unerböhnlichen bezeichnet es als die Hauptaufgabe der Deutschnationalen, „wieder (d. h. nach dem Umsfall vom 29. August. Red. d. „B.“) mit aller Kraft gegen die Erfüllungspolitik Front zu machen“. Herr v. Freitagsh-Voringhoven wendet sich sodann gegen Herrn Stresemann mit folgenden Liebenswürdigkeiten: Herr Stresemann habe sich mit seiner Hamburger Rede „plump und taktlos“ in die inneren Verhältnisse der Deutschnationalen eingemischt. Außenpolitisch habe er immer ein „ungewöhnliches Ungeheiß“ bewiesen. Stresemann sei „krank vor Eitelkeit, völlig urteilslos und könne nicht mehr ernst genommen werden.“

Auch Herr v. Campe, der in der letzten Sitzung des Preussischen Landtags die Treue der Volkspartei zur großen Koalition verkündete, sagt Herr v. Freitagsh gründlich seine Meinung, um folgendermaßen zu schließen:

Unter diesen Umständen muß an die Volkspartei die Frage gerichtet werden, erstens, ob sie die Erklärungen des Herrn Stresemann billigt und im Ernst der Deutschnationalen Volkspartei zumuten will, sich ihr als dienendes Glied anzuschließen und fortan mittelparteiliche Erfüllungspolitik zu treiben, und zweitens, ob die Worte des Herrn von Campe tatsächlich den Sinn hatten, daß in Preußen die Koalition mit den Sozialdemokraten aufrechterhalten werden soll? Antwortet sie auf diese Fragen mit einem Ja, dann kann von der wiederbesessenen Einheitsfront nicht mehr die Rede sein.

Festzustellen ist also eine starke Spannung zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei, aber auch zwischen den Deutschnationalen selbst. Denn während Graf Westarp in der „Kreuzzeitung“ bei der Absicht bleibt, nach den Wahlen mit Volkspartei und Zentrum einen Bürgerblock zu gründen, suchen Freitagsh-Voringhoven und die deutschnationale Provinzpresse durch wüsten Schimpfen auf Zentrum und Volkspartei diese Absicht zu hintertreiben.

Harakiri! Harakiri!

„Keine Rebel!“

In der „München-Münchener Abendzeitung“ setzt der deutschnationale Journalist D. Strahmann auseinander, nicht ein einziger seiner Freunde habe mit seiner Abstimmung eine Rechtfertigung

der von der Regierung betriebenen Außenpolitik beabsichtigt. Keiner wolle auch nur ein Wort der Kritik an den Beschlüssen zurücknehmen, deren Annahme sie ermöglichten. Also es bleibt beim „zweiten Versailles“, bei den „Verstärkungsgeboten“, es bleibt dabei, daß jeder, der für sie stimmte, wegen Landesverrats vor den Staatsgerichtshof gehört. „Keine Rebel!“ ruft D. Strahmann emphatisch aus, und: „Diese Rebel müssen zerstreut werden.“

Warum aber, beharrt D. Strahmann, dann doch? Weßhalb, wieso, wesswegen, zu welchem Ende? Ganz einfach, die Dinte sollte sich damals durch die Auflösung die Nacht sichern, und dieses Spiel wollten wir durchkreuzen und haben wir durchkreuzt!

Run wird's Tag! Die Sonne scheint auf ein deutschnationales Heldenschauspiel.

Steuerhinterzieher in Front!

Gute Aussichten bei der Schacherpartei!

Das Finanzamt St. Pauli-Eimsbüttel in Hamburg gibt bekannt, daß ein Emil Oppermann gemäß rechtskräftigen Steuerbescheids vom 12. Juli 1924 wegen vorsätzlicher Steuerhinterziehung zum eigenen Vorteil zu 10000 M. Geldstrafe verurteilt werden mußte. Die Veröffentlichung des Straferekenntnisses auf Kosten des Verurteilten in vier Hamburger Zeitungen wurde angeordnet.

Wer ist dieser Emil Oppermann? Er ist ein Großhändler, der auf der deutschnationalen Kandidatenliste für die Bürgerschaftswahlen stand. Politisch noch peinlicher, daß er sich unter den 28 gewählten deutschnationalen Abgeordneten befindet. Um so peinlicher, als feststeht, daß der deutschnationalen Parteileitung bei der Aufstellung der Kandidatenliste die Beurteilung des Herrn Oppermann bekannt war. Sie hat es bis auf den heutigen Tag unterlassen, von dem öffentlich gebrandmarkten Steuerhinterzieher abzurufen.

Vorsätzliche Steuerhinterziehung zum eigenen Vorteil scheint demnach bei den Deutschnationalen kein Hinderungsgrund zur Ausübung der Parlamentsstätigkeit zu sein.

Das ist leicht verständlich. Warum soll eine Partei, die mit politischer Ueberzeugung, Stimmzetteln, Ministerpostenküßeln, Gelb- und Kleidern, Briketts und charitativer Weihnachtsbesuche handelt, nicht einen Steuerhinterzieher zu ihrem berufenen Vertreter wählen? Ein knifflisches Geschäft erfordert eine dementsprechende Geisteskapazität.

Schwarzweißrote Spitzelwirtschaft.

„Waffen“ gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Vor einiger Zeit forderte der Vorsitzende des bayerischen Bundes „Bayern und Reich“, Hauptmann a. D. Heiß dazu auf, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold systematisch zu bespitzeln. Daß die Bespitzelung des Reichsbanners auch von den Hakenkreuzern außerhalb Bayerns betrieben wird, beweist ein Dokument, das unser Stettiner Parteiorgan, der „Volkshorn“, veröffentlicht. Es handelt sich um ein Rundschreiben Nr. 23 der Stabskammer (St. Bauernburg) des „Jungdeutschen Ordens“ vom 30. September. In dem Schreiben heißt es:

„Mit dem Führer des Stahlhelms für Hinterpompener ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß beide Verbände künftig in friedlicher Arbeit nebeneinander gehen in gegenseitiger Anerkennung und Kameradschaft. Mit dem Jungsturm und der deutschen Bürgerschaft, die einem Ziel zustreben, ist bereits zunächst ein gleiches zu vereinbaren, bis seitens der Führer dieser Verbände mit dem Orden Regelung erfolgt. Jungdeutscher Orden und Stahlhelm verpflichten sich gegenseitig zu gemeinsamer Abwehr des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.“

In einem besonderen „Fragebogen“ werden die örtlichen Leiter des „Jungdeutschen Ordens“ angewiesen, genaue Informationen über die Stärke und die Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der kommunistischen Partei und der Separatisten sowie über den als „fremde Macht“ bezeichneten katholischen Verein einzuziehen. Diese Fragen

Zurück zur Musik.

Konzertumschau von Kurt Singer.

„Zurück zur Musik!“ — das kann ein Schlußruf sein, wie einst Rousseau in seiner neuen „Heliose“ und in „Emile“ leidenschaftlich ein „zurück zur Natur“ verkündete. Vielleicht ist beides sogar das gleiche. Auch in der musikalischen Welt, im Ausdruck musikalischer Gefühle muß Natur und organisches Wachstum der Willkür und Unnatur ein Paroli bieten können. Dieses selbstverständliche Motto darf allerdings nicht völlig mit rückwärtsgewandtem Kopf vor uns stehen; denn das würde Bedeutungslosigkeit, sinnliches Bewußtsein an bequemen, eingängigen und durch die Erinnerungskraft schon angenehm wirkenden Werken. Das Herz des Komponisten muß in jedem Musikstakt pochen, und ein Charakter soll in jedem Rhythmus, in jeder harmonischen Ausdruck gewinnen. Das tut und darf im 20. Jahrhundert nicht klagen wie im 17. oder 18., weil man nicht das Klischee als mustergültig hinstellen. Wenn wir allerdings ganz kritisch und hart sind, so können wir wohl sagen, daß 99 Proz. aller erscheinenden Kompositionen, unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit gesehen, überflüssig sind, weil sie entweder nicht Geist und Wille von heute, sondern von vorgestern haben oder weil das Gemachte nur in der bizarren Abwegigkeit ungeschöpferische Logikbedeutung erhält. Symptomatisch wird der Ruf „Zurück zur Musik!“ dann, wenn ein ganz Moderner anfängt, sich zu wandeln, wenn er verbrannt, was er angebetet, arbeitet, was er verbrannt hat. Das schreit bei dem jugerulischen und begabten Rudolf Peterka der Fall zu sein, der sein Opus 9 mit jenem Motto verziert und in einer lebensstrahlenden Musik moderner „Gottesdienst tiefer Verinnerlichung der Menschen höherer Bestenziel“ sieht. Sein Quartett ist reine Gefühlsmusik. Das wunderbar dahinklingende Adagio, dessen Anfangsthema auch im Allegro und im Schlußsatz wiederkehrt, wird nicht nur äußerlich Zentrum des Musikstückes. Ein energischer Rhythmus und eine sehr solide Satztechnik zeichnen den ersten, ein flüssiges Tanzmetros, das wieder rhythmisch an das Adagio erinnert, den dritten Satz aus. Nichts von atonalen Gebilden, nichts von Willkürlichkeiten. Also reine Musik, reine Empfindung. Allerdings geht die Melodie deutlich auf Schubert und auf das Brucknerische Streichquintett zurück. Das Schachbede-Quartett nahm sich der Rovitität mit Eifer und in einer schwungvollen Vorbereitung an.

Jenes Motto erfüllt sich immer wieder, wenn wir ein händelisches Oratorium hören. Als Händel von der Oper weg zum epischen Oratorium schritt, bezeichnete er selbst die neue, im Stilvortrag zu den Passionen stehende Kunst als „sein“ Oratorium. In dem Worte Epos liegt bereits der stärkste Kontrast zu den irdischen Ariens und dramatischen Chören etwa Bachs, Telemans, Matthesons. Der Chor der Singakademie unter Georg Schumanns Leitung sang „Israel in Ägypten“; und brachte die ununterbrochene, gewaltige Schönheit und Größe dieses Chororatoriums zu vorbildlichster Wirkung. Gerade das kontrastierende Element zwischen den in der Stimmung gehaltenen, kontemplativen, sinnenden Chören und dem mehr aggressiv kriegerischen, das Rassistische betonenden Chören wurde durchaus lebendig dargestellt. In jedem einzelnen Satz ist eine sehr unruhige Stimmung konzentriert festge-

halten, in den 19 chorischen Nummern des Werkes steckt die Handlung, die Gesamtion selbst. Und das ist eine Besonderheit der Musik, vor der man wohl sagen darf, daß sie ihrer Natur an angemessensten scheint. Dabei auch der geradezu populäre Charakter aller händelischen Oratorien. Für die Solisten wird durch eingeschobene Arien eine Betätigung frei gemacht. Frau Hoehlin ist im Stil dieser Musik kaum heimisch. Frau Pos-Carlson fand sich mit einer aus dem Oratorium entnommenen Sopranarie mehr stilistisch als technisch zurecht.

Ganz andere Musik und doch Musik von Dauer, allerdings bestimmt durch den Rhythmus der Zeit und des heutigen Lebens, ist Stravinskis „Petuschka“. Vor Jahren hat Brecher in der Phäharmonie dieses Werk sonatisch vorgeführt. Demos riefen wir nach den unbedingt notwendigen Darstellungen des Rhythmus in der tänzerischen Bewegung. Ohne irgendeine auf die Qualität und die Choreographie im Diaghilew-Ballett einzugehen: die musikalischen Szenen wurden von einem mittleren Orchester in der Volkstoper innerhalb des Tanzmetros erdingerlicher wiedergegeben, als einst von einem erstarrten Orchester ohne die notwendige Ballettunterlage.

Sein ganzes Leben lang hat Rag Bruch um die große Form des Oratoriums und auch der Messe gerungen. Ein populärer Zug, bedingt durch eine schöne Erfindungsgabe und durch lebhaftes Kontrastieren zwischen Feinheit und Pomp geben seinen Chorwerken ein eigentliches Gepräge. Man erkennt ihn als einen tief fühlenden, romantischen Musikcharakter, wenn auch ohne tiefste Geistigkeit und Leidenschaft in all seinen Chorwerken wieder. Die „Typographie“ unter Alexander Weintums charakteristischer Leitung erweckte das bekannte Jugendwerk Bruchs, die Chorlonate Frithjof wieder zum Leben. Diese Wiedererweckung wird allerdings als paar Jahre erfolgen und ebenso wieder vergessen werden, weil bei aller Würdigkeit und Kräftigkeit der Musik, ja bei gewissem Hochschwung zu dramatischer Erregung unser musikalisches Gefühl in dieser nachromantischen Atmosphäre nicht mehr ganz zu Hause ist. Eine so wichtige und gleichzeitig in den dramatischen Partien abgedämpfte Aufführung, wie die der „Typographie“ mit Albert Fischer und Elisabeth Richter (sowie Paula Weinbaum) als prominenten Solisten wird unbedingt für das Werk. Und im ganzen bleibt es höchst begründenswert, daß einmal ein namhafter Männerchor wieder abzurückt von den Einzelgefängen zu einer auch inhaltlich geschlossenen oratorischen Aufführung. Daneben standen Werke von Albert und Berr.

Im 2. Sinfoniekonzert der Staatsopernkapelle dirigierte Kleiber eine respektable instrumentierte und wirkungsvolle, doch im Gesamthabitus musikalisch nicht sehr bedeutende Ouvertüre von Berlioz, „Der Corsar“. Sie kommt seiner eigenen, von notwendigen Umständen reichlich abhängigen Art des Dirigierens außerordentlich entgegen; deshalb wirkte sie. In den „Gesichten“ von Bernhard Selles konnte er eine musterhafte Detailzeichnung geben, verbunden mit tendenz und Intention. Doch durchaus des Wesentlichen der kleinen Stücke treffenden Darstellungsnuancen. Diese phantastischen Miniaturen sind keine Einfälle, die kaum durch Erfindungsreichtum, wohl aber durch ihre koloristische Aufmachung und rhythmische Vielfältigkeit so lange interessieren wie sie klingen. Bissonar aufwuschend, geistig abklingend, mit deutlichen erotischen

Einschlägen, wecken die Impressionen des bekannten Frankfurter Meisters teils ruhige Befriedigung, teils beagliches Schmunzeln. Solche Kurzweiligkeit ist recht etwas für das Publikum. Wir möchten bald bei Kleiber etwas hören, was gegen das Publikum ist. Der nächste Abend kann es bringen.

Es hieß „Eulen nach Athen tragen“, wollte man das Rosé-Quartett preisen. Wären alle Konzerte so vom Geist der Musik erfüllt, in der technischsten Ausbalancierung derart vollendet wie die Beethoven-Abende dieses Elitequartetts, so dürfte die Musikkritik ihr Amt als erledigt betrachten.

Von den Schneewolfs-Konzerten ist zu berichten, daß sie einem hochgefeierten Publikum Beethovens sinfonisches Werk und seine Konzerte zu Herzen spielen. Ein Künstler von dem pädagogischen Ruf Richard Kochlers verleiht zwar an seinem Konzertabend durch eine besonders delikate Phrasierung diesen Lehrzweck nicht, weiß aber bei dem Vortrag der Schubertschen A-Moll-Sonate gleichzeitig Gefühl, Empfindung und Applaus aus den Zuhörern zu lassen. Er spielt außer Schubert Bach, Beethoven und Schumann — das Alarmerende des Kampruffs „Zurück zur Musik“ ist hier glückselig verloren gegangen.

Rauhe Wahlitten.

Bei den jetzigen englischen Wahlkämpfen wird viel über gewaltsame Störungen von Versammlungen und allerlei Täuschlichkeiten geklagt. Das ist bei den englischen Wahlen nichts Neues, und ein Zeiger der englischen Wahlkämpfe, der Führer der konservativen Wahlpartei Lordans J. H. Balfour behauptet sogar, in seiner 40jährigen Erinnerung seien die Wahlitten immer besser geworden. Die Szenen, die er aus früheren Wahlkämpfen anführt, bezeugen seine Anschauung. So erzählt er, daß es früher bei Wahlversammlungen gar nicht selten war, daß plötzlich die Gastmänner ausgeführt wurden und in der vollständigen Dunkelheit eine furchtbare Schlägerei losging. Die Radoubriker trieben es mandant so weit, daß die Kandidaten sich nur noch zum Fenster hinaus schlüpfen konnten. Zu gefährlichen Zwischenfällen kam es bei der Wahl von 1910: In Belfast wurde eine Bombe in ein Wahllokal geworfen und ein Mann schwer verletzt. 53 Personen wurden wegen dieses Anschlages verhaftet, und bei der Gerichtsverhandlung sagte einer der Täter: „Das ist noch gar nichts im Vergleich zu dem, was wir für das nächste Mal vorhaben. Wir werden dann gleich die Leichenwagen bestellen, um die Leute abtransportieren zu lassen.“ In Repton stürzten bei diesem Wahlkampf 300 „konservativer“ Schuljungen das Bureau des liberalen Kandidaten und bombardierten ihn und seine Anhänger mit allen möglichen Burgeschossen, von Federhaken bis zu Lintenäffern. Als Lord Cecil eine Wahlrede hielt, stieg ein großer Flegelstein dicht an ihm vorbei. Er verlor aber keine Ruhe nicht, sondern sagte, er hoffe, daß der Werfer seinen Gegner wählen werde, denn er wolle lieber durchfallen als Menschen im Parlament vertreten, die eines solchen Benchmens fähig seien. In South Hackney wurden die Unionisten mit einem Hagel großer Steine begrüßt; viele erklärten Verletzungen, und die Frau des unionistischen Abgeordneten Sir William Bull wurde schwer verwundet. Doch ein Abgeordneter vor dem Gedrüll der Versammlung nicht zum Reden kam, war sehr häufig, und bei den handgreiflichen

sind sehr genau spezialisiert und beziehen sich auch auf solche Behörden, die dem Reichsbanner feindlich gegenüberstehen. In einer Schlussbemerkung auf dem Fragebogen wird gesagt:

„Bedenkt, daß diese nachfolgenden Waffen in unserer Hand sind, die sorgfältig geschnitten sein wollen.“

Spitzelig gilt bis auf den heutigen Tag als eine gemeine und verwerfliche Handlung. Eine seine Gesellschaft, die Stahlhelm und jungdeutschen Ordensleute, die ihre Anhänger zu Schützen erzieht! Die Deutschnationalen torumpieren die Wähler-schaft durch Geld, ihre schwarzweißroten Abzieger demoralisieren die Jugend, indem sie sie zu ehrenrührigen Handlungen anhalten! Das ist die „christliche“ Erziehungsarbeit der allerchristlichsten Partei bei Nicht bestehen.

Arbeitsgemeinschaft der Mitte. Volksparteiliche Methoden.

Die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ besteht augenblicklich in der Gemeinschaft der Absicht, sich gegenseitig zu verarbeiten. In der „Voss. Ztg.“ hatte Herr Erkelenz die zutreffende Bemerkung gemacht, daß eine Herinnahme der Deutschnationalen in die Regierung die Befreiung der besetzten Gebiete erschweren würde. Das offizielle Organ der Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“ erklärte darauf, schlicht und einfach, der Artikel des demokratischen Führers sei „Hochverrat, wenn das Wort Hochverrat überhaupt noch einen Sinn hat.“ Die „Voss. Ztg.“ antwortet darauf:

Das ist der unverfälschte Hitler-Grasfresser-Juden-dorff-Lon. Das magt man einem Mann von dem leidenschaftlichen Patriotismus eines Erkelenz zu bieten. Das magt die „Nationalliberale Korrespondenz“, die noch vor wenigen Monaten mit Recht empört war, wenn von rechtsradikaler Seite gegen Dr. Stresemann derselbe Vorwurf erhoben wurde. Für diese feige und verräterische Kampfesweise gibt es keine Kennzeichnung, die scharf genug wäre.

Die „Voss. Ztg.“ übersteht in ihrer begreiflichen Enttäuschung, wie entsetzlich dumm die „Nat. Kor.“ ist. Denn sie bezichtigt die Volkspartei selbst, mit einer Partei in der Regierung zu sitzen, deren Führer ein Hochverräter ist! Das werden sich die Deutschnationalen natürlich im Kampf gegen die Volkspartei nicht entgehen lassen.

Aber vielleicht betrachtet es die „Nat. Kor.“ als ihre Aufgabe, gegen ihre eigene Partei für die Deutschnationalen und die Völkischen zu wirken. Ein Wunder wäre das nach ihrer bisherigen Entwicklung nicht.

Die Ursachen des völkischen Haders.

Unsinnige Geldwirtschaft und persönliche Bereicherung.

München, 29. Oktober. (Eca.) Ueber die Vorgeschichte des Zwistes in der völkischen Bewegung veröffentlicht der „Bayerische Kurier“ eine Reihe interessanter Einzelheiten. Die Differenzen gingen schon auf das Jahr 1922 zurück, wo bereits versucht worden sei, die völkische Bewegung für persönliche Zwecke zu mißbrauchen. Auch sei es wiederholt zu schweren inneren Streitigkeiten gekommen, in deren Folge ganze Sturmabteilungen aufgelöst werden mußten. Die Partei habe eine geradezu unsinnige Geldwirtschaft betrieben. Die Sturmabteilungen hätten Unsummen von Geld verschlungen, beispielsweise kostete der „Deutsche Tag“ in Rürnberg der Partei mehr, als die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen und freiwilligen Geldspenden für mehr als drei Monate ausmachten. Die Versuche, Hitler von seiner militärischen Einstellung abzubringen, seien gescheitert. Schon seit dem Jahre 1923 und Anfang 1924 seien gegen den Geschäftsführer Amman und Hermann Esser die schwersten Vorwürfe erhoben worden: persönliche Bereicherung, Desinteresse, mangelhafte Buchführung usw. Auch die Bemühungen zur Reinigung der Partei von solchen Schädlingen seien vergeblich gewesen. Dr. Feiler richtete Anfang August 1924 einen Brief an Hitler mit Vorwürfen über verschiedene Vorkommnisse (Seltgelage usw.), in dem er forderte, zur gewöhnlichen

Museinwanderungen zwischen den Anhängern der gegnerischen Parteien noch viel Blut. Auch Lloyd George hat während des Burenkrieges beim Wahlkampf viel auszusprechen gehabt, und bei einer Versammlung kam er in eine so gefährliche Lage, daß er nur noch in der Uniform eines Schuhmanns durchs Fenster kletterte und sich so retten konnte.

Der Berliner Sängerkorps unter Leitung seines Chorleiters Philipp Heid konzertierte im großen Saal der „Neuen Welt“ vor einem zahlreichen und dankbaren Publikum. Der Abend war ganz dem Chorwerk gewidmet, mit und ohne Orchester, gemeldet. Einem Kantatenzyklus, etwas konventionellen Festgesang von H. Senfjardt folgte später Hegars Klappenreißes Totenvolk. Zu einer schönen Darstellung gelangte Edward Kriegs „Landserkennung“, eine in Chor und Orchester runde Leistung, gut aufgebaut in feiner mächtigen Steigerung und Klänge schön ausgeföhlt im Chor. Wohl der Höhepunkt des Abends. Weiterhin folgte Hugo Jüngers russischer Liebesaktus „An der Wolga“, in dem die russisch-sowjetischen Elemente nur leider allzu sehr unter dem Gesichtswinkel mitteleuropäisch-neuzeitlicher Musikstruktur geschnitten und gestutzt sind, so daß ihr Wesenhaftes eigentlich ganz verloren geht. Hier sprach H. Gregori die verbindende Dichtung und hinterließ starke Eindrücke. Franz Reisinger sang die kleine Solopartie am Schluß, wie auch die Worte des Königs in der „Vandertennung“. Er hat weiter Botans Abschied in harter, bühnenmäßiger Auffassung, schien aber an dem Abend stimmlich nicht ganz auf der Höhe zu sein. Der junge Felix Heid spielte Mendelssohns G-Moll-Klavierkonzert, vortrefflich mit für den großen Saal noch zu keinem Ton, aber in abgeglichener Technik und mit jugendlichem Elan. Eine schon recht achtbare Leistung. Philipp Heid leitete und begleitete mit gutem Erfolge.

Soziologische Vortragsreihe. Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht wird in Verbindung mit dem Institut für angewandte Soziologie im Monat November eine Vortragsreihe über das Thema: „Der Aufbau der menschlichen Gesellschaft“ veranstalten. Die Vorträge werden von den Professoren Bierlitz und Dunsmann gehalten und finden jeweils am Montag und Donnerstag um 8 Uhr, Vordammer Str. 129 statt. Prof. Dunsmann eröffnet die Vorträge, den 3. November: „Aufgabe und Bedeutung der modernen Gesellschaftslehre“.

Deutsche Kunst in Frankreich. Zu der im nächsten Jahre in Paris stattfindenden Kunstgewerbe-Ausstellung wird auch Deutschland eingeladen werden. Die Einladung soll unmittelbar nach Unterzeichnung des deutsch-französischen Handelsvertrags erfolgen.

Der Schauspiel der War in 55 Jahre alt, in Paris geboren. Er gehörte zu den bekanntesten Vertretern der sogenannten klassischen französischen Bühnenkunst, wie sie heute in der Comédie française gepflegt wird, deren Mitglied der War war.

Der Solanitz als Durauftrag. Der polnische Staatspräsident hat den Dichter Stanislaus Prądyski zum Beamten in seiner Bibliothek ernannt. Prądyski, von dem viele Werke zuerst in deutscher Sprache erschienen sind, hat um 1890 lange Zeit in Berlin gelebt, wo er, der „Solanitz“, eines der beliebtesten Mitglieder des Künstler- und Literatenkreises war, der sich im „Schwarzen Perle“ um Strindberg und Axel Lubowicz schickte zu beheimlichen pflegte.

Moskaus Revolutionsmuseum. In dem prächtigen Gebäude, welches ehemals den vornehmsten Engländern Klub beherbergte, ist jetzt das Museum der Revolution eröffnet worden. Das Haus liegt an der Lwowajstrasse, einer der Hauptverkehrsadern Moskaus.

alten Parteielabel zurückzuführen und den militärischen Apparat einzuführen. Esser habe sich, trotz seiner am 9. November erfolgten Flucht nach Oesterreich, sein Gehalt weiter zahlen lassen und von den in Salzburg gesammelten Summen zur Unterstützung notleidender Parteigenossen einen Geldbetrag erhalten.

Preußentag des Zentrums.

Die große Koalition muß bleiben!

Der Parteitag der Preussischen Zentrumspartei wurde gestern vormittag vom Präsidenten Porck eröffnet. Das politische Referat erstattete Landtagsabgeordneter Gottwald. Er bezeichnete als Richtlinie für die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages die Politik der Mitte, die eine Politik des Ausgleichs sei. Das Zentrum sei die einzige Partei, die den Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Staatsbürger nicht nur proklamiere, sondern auch in die Tat umgesetzt habe.

Zur Frage der großen Koalition

fürte Abg. Gottwald aus: Wer den beständigen Regierungswechsel im Reich und in den meisten Ländern erwägt, wird allein in einer krisenlosen Zeit von solcher Zeit den Beweis für die Richtigkeit der Zentrumspolitik sehen, die den anderen Parteien die gemeinsame Arbeit geradezu ausdrängt. In dieser Zeit ist Preußen von größeren Unruhen verschont geblieben; der Gegensatz gegenüber der Vergangenheit und gegenüber anderen deutschen Ländern, die zeitweise in sehr schwierige Lage gerieten, läßt dieses Verdienst der preussischen Regierung klar hervortreten. Diese Ruhe und Stetigkeit war die stärkste Stütze für das Reich, das seinen äußeren und inneren Schwierigkeiten erliegen muß, wenn es nicht an Preußen einen stärkeren Rückhalt besitzt. Man wird sich, um nur auf besonders wichtige Tatsachen hinzuweisen, kaum das Schicksal des Rheinlandes und Ober-Schlesiens vorstellen können, wenn eine einseitige Politik den Deutschen zum größten Feind seines Volksgenossen gemacht hätte. Die Entschiedenheit, mit der sich das Zentrum für die Politik der Sammlung einsetzte, hat es innerhalb der Koalition für die Vertretung seiner eigenen Grundzüge aufgewendet.

Infolge der Koalition mit den Sozialdemokraten ist es der Zentrumsfraktion gelungen, einen Kulturkampf, der oft in drohende Nähe geriet, zu verhindern. Mit Ende der Legislaturperiode kann die politische Lage dahin zusammengefaßt werden, daß die alte Landtagsfraktion der neuen keinerlei Verpflichtungen hinterläßt; die Entscheidungsfreiheit wurde der neuen Zentrumsfraktion vollkommen gewahrt.

Zur Frage der Kulturpolitik führte der Redner u. a. aus: Der Kampf um die konfessionelle Schule sei in der Vergangenheit mit den schärfsten Mitteln geführt worden. Der Bestand der christlichen Schule hänge von der Wachsamkeit der christlichen Bevölkerung ab. Die Entscheidung liege allerdings beim Reich, aber die Gegensätze machten sich auch in den Schulverwaltungen der einzelnen Länder geltend, und erschweren die fruchtbringende Arbeit. Die Kulturpolitik der Zentrumsfraktion sei unbedenklich. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie habe auf die tiefen Bestrebungen, die christliche Schule zu erhalten, keinen Einfluß gehabt. Die Sozialdemokraten wissen ganz genau, daß die Koalition mit der Zentrumspartei sofort gefährdet, ja unmöglich gemacht würde, wenn man die christliche Kulturpolitik des Zentrums einzuführen versuche.

Dem Referat folgte eine angeregte Diskussion. Dann beschloß die Versammlung Dr. Porck im Schlusswort besonders ausführlich mit der Frage der

Koalition mit der Sozialdemokratie.

Das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in der Politik bedeutete nach lange nicht eine Gefinnungsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie. Das unvermeidliche Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hat aber auf der anderen Seite sogar Momente für sich, die auch im kommenden Wahlkampf nicht übersehen werden dürfen; wenn wir Ruhe im Innern haben, so ist das gerade der Milliarbeiter der Sozialdemokratie in der preussischen Regierung auch zum großen Teil zuzuschreiben. Gerade ein sozialdemokratischer Innenminister war besser als vielleicht ein deutschnationaler in der Lage, die Kommunisten im Zaum zu halten. Dr. Porck kam in diesem Zusammenhang auf die Versuche von deutschnationaler Seite zu sprechen, die große Koalition in Preußen aufzuheben. Ein solches Verlangen hätten die Deutschnationalen wohl kaum in Bayern oder Württemberg erhoben. Im übrigen sei ein solches Verlangen von deutschnationaler Seite sehr unklug gewesen. Hätten die Deutschnationalen nach den Reichswahlen diese Forderung nicht erhoben, so wären sie vielleicht in die Reichsregierung hineingekommen, und hätte sich dort ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen nicht ergeben, so wäre vielleicht im Laufe der Zeit auch in Preußen ein Zusammenarbeiten mit den Deutschnationalen ermöglicht worden. Die Zusammenarbeit des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Preußen hat aber weiter die Reichspolitik zum großen Teil ermöglicht.

Mit Worten des Dankes schloß Dr. Porck den Parteitag. Er wurde wieder einstimmig zum Vorsitzenden der Preussischen Zentrumspartei gewählt.

Zentrum und bayerische Volkspartei.

München, 29. Oktober. (WB.) Der Bundesausschuß der bayerischen Volkspartei ist zu einer außerordentlichen Tagung am Sonntag, den 2. November, nach München berufen worden. Auf der Tagung soll der zuständigen Parteikommission Gelegenheit gegeben werden, zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung zu nehmen, die am 28. Oktober in Berlin zwischen Vertretern der bayerischen Volkspartei und der Zentrumspartei zwecks Herstellung eines Burgfriedens für die Wahlen stattgefunden haben.

Deimling für Schwarz-Rot-Gold.

Im Plenarsitzungsfaak des ehemaligen Herrenhauses hatte am Mittwochabend die demokratische Partei, Ortsgruppe Berlin-Mitte, einen demokratischen Abend veranstaltet, auf dem General v. Deimling über „Vaterland und Republik“ sprach. Er führte u. a. aus: Ein Nichtstun in dem Chaos der Parteien bilde das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das überparteilich das Reich und die Republik schützen, der Welt zeigen will, daß nicht die Chauvinisten in Deutschland die Mehrheit haben. Das Reichsbanner müsse dafür sorgen, daß die Republik nicht eine leere Form bleibe, sondern mit lebendigem Leben erfüllt werde. Im Reichsbanner gäbe es nur Staatsbürger, alle gleich sehr interessiert an dem Wiederaufstieg des Reichs wie an der Verschönerung der gesellschaftlichen Gegensätze. Das Reichsbanner sei nicht etwa eine sozialdemokratische Organisation, wo es scheine, sei die Wahrheit und Schöpfkraft des republikanisch gefassten Bürgeriums schuld. Wahre nationale Gefinnung sei nicht bei den Phrasen der vaterländischen Verbände. Das Reichsbanner mache täglich größere Fortschritte, aber alle Kriegsteilnehmer, auch die Offiziere müssen hinein.

Der demokratische Staat sei das, was der Fleiß, die Gewissenhaftigkeit und die Opferwilligkeit seiner Bürger aus ihm machen. Die deutsche Republik habe 1919 auf Schwarz-Rot-Gold als auf das uralte Symbol der Einheit aller deutschen Stämme zurückgegriffen, dieses Heiligtum fordere Respekt und sollte ebenbürtig wie Schwarz-Weiß-Rot zu einem Propagandamittel erniedrigt werden; das deutsche Volk stehe jetzt vor der Wahl: Demokratie oder Reaktion und Weltkrieg. Es gehe in dem beginnenden Wahlkampf aufs Ganze. Der demokratische Schlagdrum könne nur lauten: Nieder mit der Reaktion! Hoch die Republik! Hoch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold!

Berechtigte Vergeltung.

Erhöhung der deutschösterreichischen Einreisegeldgebühr für Reichsdeutsche.

Die Kriegsmassnahme des Sichtvermerkszwangs hat längst jeden Sinn verloren. Verbrecher und moskowitische Buhchäher sind auf diese Weise niemals ferngehalten worden, und seitdem Deutschland ein der teuersten Länder der Welt geworden ist, hat auch die Flut der Balkanreisenden aufgehört. Die Remittenz steht auch so hoch, daß es nicht mehr nötig ist, die deutschen diplomatischen Vertretungen durch Sichtvermerksentnahmen zu erhalten; es bewarben sich ja auch nur noch wenige um den Sichtvermerk nach Deutschland! Im Gegensatz zu fast allen europäischen Kulturstaaten hält aber die deutsche Reichsregierung an dem Sichtvermerk unversärbbar fest und sie hat sogar ihre eigenen Volksleute mit einer Ausreisegeldgebühr von 10 Goldmark belegt.

Ein besondrer Skandal war es jedoch, daß die Einreisegeldgebühr für Deutschösterreich nach Deutschland trotz aller Proteste ein Vielfaches der deutschösterreichischen Einreisegeldgebühr für Reichsdeutsche betragen hat. Trotz dem würgenden Druck der Genfer „Sonderung“, die Deutschösterreich zu den härtesten Sparsmaßnahmen zwingt und eben jetzt sogar den Abbruch eines im Bau befindlichen großen Wasserkraftwerks herbeigeführt hat, blieb Deutschösterreich bei der niedrigen Gebühr. Als aber auch die Vorstellungen des deutschösterreichischen Gesandten im Auswärtigen Amt nutzlos blieben, hat die Wiener Regierung zu dem offenbar einzigen Mittel gegriffen, mit dem auf gewisse Maßgebende im Deutschen Reichsaulen- und Finanzministerium noch Eindruck zu machen ist: die deutschösterreichische Einreisegeldgebühr für Reichsdeutsche ist seit gestern beträchtlich erhöht worden.

Vorgestern hat der Reichskanzler auf dem Zentrumsparteitag die großdeutsche Wee feierlich proklamiert; vielleicht bringt er dem Auswärtigen Amt bei, daß es nicht die Aufgabe hat, der künftigen Heimkehr Deutschösterreichs ins Deutsche Reich immer wieder Steine in den Weg zu werfen!

Rauschmiff aus der Kepfo.

Ein hoher Beamter gepfändet, entlassen, hinausgeworfen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (Eca.) In der Reparationskommission ist es gestern, wie die „Frankf. Ztg.“ erzählt, zu einem kleinen Zwischenfall gekommen. Ein Gerichtsvollzieher erschien im Hotel Astoria, um dort das Gehalt eines hohen Beamten der Reparationskommission zu pfänden. Dieser Beamte, dessen Name und Nationalität von den Blättern nicht bekannt gegeben wird, der aber einen hohen Posten bekleiden muß, da sein monatliches Gehalt sich auf 10 000 Fr. beläuft, wurde auf Befehl des Generalsekretariats mit sofortiger Wirkung entlassen. Er weigerte sich, die Entlassung anzunehmen. Nach einem heftigen Wortwechsel, der in Tätlichkeiten auszuarten drohte, entfernte die Polizei den Beamten mit Gewalt aus dem Hotel Astoria.

Tilleffen verhaftet.

Aber nicht in Ungarn, sondern in einem Kulturstaat.

Prag, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das tschechoslowakische Justizministerium hat gestattet, daß ein reichsdeutscher Polizeibeamter, der mit der Verhaftung über den Erzberger-Nord betraut ist und die Mitglieder der Organisation Consul kennt, in Preßburg dem mutmaßlichen Mörder Tilleffen, der in Preßburg verhaftet wurde, gegenübergestellt werde. Die Regierungspresse betont, daß der weitere Schicksal des Verhafteten im Justizministerium entschieden werden und daß sich in der tschechoslowakischen die ungarische Behandlung des Falles Schulz nicht wiederholen dürfe.

Bayerns neues Gemeindegewahlgesetz

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags hat nunmehr den von der Regierung vorgelegten Entwurf eines neuen Gemeindegewahlgesetzes in zwei Sitzungen durchberaten und verabschiedet. Sämtliche Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion, u. a.: Wählrecht bei sechsmonatiger Aufenthaltsdauer, Beibehaltung der getauenden Liste, Erlöschen des Mandats beim Ausscheiden aus einer Gruppe, auf deren Vorschlag der Gemeinderat gewählt wird, Wahl der ersten Bürgermeister durch sämtliche Wahlberechtigte, wurden von der bürgerlichen Mehrheit niedergelegt. Das neue Gesetz, das im Plenum des Landtags kaum noch Änderungen erfahren wird, enthält folgende neue Bestimmungen:

Wahlberechtigt ist, wer sich mindestens zwölf Monate in der Gemeinde aufgehalten hat; der Wähler kann nur den in die Wahlloorschlage aufgenommenen Bewerbern seine Stimme geben, und zwar einem Bewerber höchstens drei Stimmen; der Stimzettel darf nicht Namen aus verschiedenen Wahlloorschlagen enthalten; wenn mehr als die Hälfte aller auf einen Wahlloorschlage abgegebenen Stimmen für den unveränderten Wahlloorschlage abgegeben sind, so ist bei Verteilung der Sitze die Reihenfolge der Bewerber in dem betreffenden Wahlloorschlage maßgebend; die ersten Bürgermeister werden in Gemeinden, bis 3000 Einwohner von sämtlichen Wahlberechtigten, die weiteren Bürgermeister von den Elends- und Gemeinderäten gewählt; die Höchstzahl der Bürgermeister beträgt drei (die Zahl der Gemeinden in Bayern unter 3000 Einwohnern beträgt 7783, über 3000 Einwohner nur 185).

Nach diesem neuen Gemeindegewahlgesetz sollen bereits die gleichzeitig mit der Reichstagswahl stattfindenden bayerischen Gemeindegewahlen durchgeführt werden.

Eine neue Teufelsinsel.

Offenbar scheinen die Grenel auf den Solowez-Inseln den maßgebenden Kreisen der Sowjetregierung noch nicht auszureichen. Wie uns aus Rostau mitgeteilt wird, haben diese Herrschaften einen neuen Verbanungsort für gefangene Sozialisten ausfindig gemacht, der anscheinend den „Kuh“ der Solowez-Inseln verdunkelt wird. Das ist die Insel Che an der Mündung des Obi, nördlich vom Polarkreis. Dorthin sind bereits aus einer aus Tobolsk angelangten Gefangengruppe 12 Personen transportiert worden, darunter 6 Jugendliche, die aus Rjasersburg ausgewiesen worden sind.

Ob die Insel Che bewohnt ist oder ob die dorthin deportierten Sozialisten die Kolonisten dieses Eiselandes sein werden, ist uns noch nicht bekannt. Jedenfalls ist die Insel Che in den geographischen Lehrbüchern nicht verzeichnet und konnte nur mit Mühe auf einer der größten Seekarten ausfindig gemacht werden.

Der nationalliberale Wahlausschuß wendet sich wieder. Er teilt mit, daß der Vertretertag der Nationalliberalen Reichspartei am Sonntag, den 9. November, in Berlin stattfindet. Er wird sich mit dem Eingreifen der „Partei“ in den Wahlkampf und der Haltung zu den anderen Parteien befassen.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Krämpfe.

Die Gewerkschaften haben jahrzehntelang ihre Kämpfe geführt, bevor in Berlin eine Filiale von Moskau eingerichtet und mit verschiedenen Angestellten besetzt wurde, mit dem romantischen Auftrag, den deutschen Teil der Weltrevolution zu besorgen. Derartige läßt sich in Moskau auf den Weltkongressen sehr leicht beschreiben und in den „Roten Fahnen“ propagieren, allein die Ausführung gestaltet sich etwas schwieriger. Die verschiedensten Putschversuche endeten mit kläglichen Fiasko, wie das bei solcher Wache nicht anders sein kann. Die Angestellten der KPD-Zentrale haben es auf alle erdenkliche Weise versucht, ihre Moskauer Auftraggeber zufriedenzustellen, jedoch vergeblich. Dort gilt nur der Erfolg. Die Moskauer Heppische treibt die armen Kerle unausgesetzt zur „Aktion“. Es gelingt nichts mehr. Es bleibt ihnen nichts mehr übrig, als die Arbeitnehmer gegen ihre politische Organisation, die Sozialdemokratische Partei, und gegen ihre Gewerkschaften aufzubringen. Da finden sich denn immer wieder Arbeiter, die durch die Räte des Alltagslebens, durch lange Arbeitslosigkeit verbittert sind, und sich in den Dingen nicht zurecht finden, da ihnen jede gewerkschaftliche und politische Schutzhülle fehlt; daneben Phrasen, „Unverständnisse“, gekränkte Leberwürste, Streifer und dergleichen, die bei der KPD auf ihre Rechnung zu kommen hoffen. Die KPD soll „kämpfen“ und will „kämpfen“. Womit? Alle Versuche, die Gewerkschaftsorganisationen vor ihre verfahren politische Karte zu spannen, sind gescheitert. Eifrig späht sie nach jeder gewerkschaftlichen Bewegung, jeder Lohnbewegung, die nicht glatt verläuft, nach dem unbedeutendsten Streik, kurz nach jedem Fünkchen, um es mit ihrem großen Blasebalg aufzubläsen. Da die Lohnbewegungen aber lediglich den „reformistischen“ Zweck haben, die Lohn- und Arbeitsbedingungen irgendwie und soweit als möglich zu verbessern, finden sie immer wieder einen Abfluß.

So tobt denn die KPD-Zentrale in ihrer „Roten Fahne“ tagtäglich über „die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie“, die nicht kämpfen, sondern den Kapitalismus stützen, keine Geschäfte besorgen wolle. Sie tobt, sobald ein Lohnkampf ausgenommen ist, daß „die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie den Kampf nicht zum Generalstreik aller Berufsangehörigen und darüber hinaus zum Generalstreik aller Arbeitnehmer ausdehnen, sie tobt am Ende jeder, auch erfolgreichen Bewegung, die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie habe den Kampf „abgewürgt“.

Die Moskauer Filialisten, die seit Jahren die verzweifeltsten „Kampf“ experimente machen und sich über ihre Taktik noch immer so wenig zinig sind, daß sie sich ständig darüber in die Haare geraten, sie wollen den Gewerkschaften kommandieren, wie wir unsere Lohnkämpfe zu führen haben. Sie sind so entgegenkommend, die Forderungen für die Gewerkschaften einzustellen, den Zeitpunkt des Kampfes zu bestimmen und das Tempo, das Kommando zu übernehmen und immer wieder ist es „die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie“, die nicht so tanzt, wie die KPD pfeift. Insofern ist die KPD gegen diese „reformistischen Bureaucratien“ in Vorstell, als sie nicht danach zu fragen hat, ob der Zeitpunkt zu vorteilhafter Lohnbewegung geeignet ist, ob die Geldmittel zu den Streiks an den verschiedenen Verbandsorten ausreichen, ob die Arbeiterschaft, vom Hunger bezwungen, die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen muß, oder irgendeinen Erfolg zu verzeichnen hat, das alles ist nicht ihre Sache.

Wenn aber die KPD und ihre „Rote Fahne“ noch nicht wissen sollte, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe überhaupt nicht ihre Sache sind, und dann muß es ihnen noch deutlicher als bisher gesagt werden. So schwer es den Herrschenden fallen mag, ihre Spekulation auf die Gewerkschaften fallen zu lassen, so müssen sie sich doch damit abfinden, daß die Gewerkschaften sich keiner politischen Partei unterstellen, am allerwenigsten der moralisch längst bankrotten kommunistischen Putschpartei. Das ganze Geschrei und Geschimpfe in der „Roten Fahne“ kann daran nichts ändern.

Die Regierung lehnt alles ab.

Amlich wird gemeldet: Die Organisationsvertreter der Reichsbeamten und Angestellten bei der Reichsverwaltung wurden am Mittwoch erneut im Reichsfinanzministerium wegen Erhöhung der Bezüge vorstellig. Es wurde ihnen eröffnet, daß seit der letzten Besprechung keine Änderung eingetreten sei, die es dem Reichsfinanzminister ermögliche, eine andere Haltung gegenüber der erhöhten Forderung einzunehmen.

Lohnverhandlungen bei der Deutschen Reichspost.

Am Dienstag begannen die Verhandlungen mit der Deutschen Reichspost wegen Erhöhung der Arbeiterlöhne. Nach sechsstündigen Verhandlungen wurde die Fortsetzung auf Dienstag nächster Woche vertagt. Von den Vertretern der Deutschen Reichspost wurde bei der Verhandlung erklärt, daß die Deutsche Reichspost allein die Lohnfrage nicht regeln könnte. Die Deutsche Reichspost will sich aber in Anbetracht der Kollage der Arbeiter erneut an die Reichsregierung wenden, um eine befriedigende Lösung der Lohnfrage zu finden.

Eisenbahner und Reichsbahn-Gesellschaft.

In einer überfüllten Mitgliederversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes sprach gestern Abend der Bevollmächtigte Winkler über die Lohnbewegung der Eisenbahner. Er führte aus: Der Arbeitgeber für die Eisenbahner hat seinen Charakter grundsätzlich geändert. War es früher eine Reichsbehörde, mit der Lohnverhandlungen gepflogen wurden, so steht heute den Eisenbahnern ein privatkapitalistisches Unternehmen gegenüber. Dementsprechend ist auch die Einstellung der Verhandlungskommission und die Form der Verhandlungen anders geworden. Die Reichsbahndirektion hat den Standpunkt vertreten, daß für Lohn-erhöhungen keine Veranlassung vorliegt. Obwohl selbst die Regierung die gegenwärtige Teuerung anerkennt und Maßnahmen dagegen ergriffen hat, die aber bisher ohne Wirkung geblieben sind, wollte die Reichsbahndirektion eine Verteuerung der Lebenshaltung nicht zugeben. Die Eisenbahner haben aber einen berechtigten Anspruch darauf, die Preissteigerungen durch Lohn-erhöhungen ausgleichen zu können, um so mehr, als gerade die Preispolitik der Landwirtschaft, der Schwerindustrie und ihrer Helfer in der Regierung die Ursache dieser Preissteigerungen ist. Die jetzt geltenden Löhne der Eisenbahner zwingen diese zu einer miserablen Lebenshaltung. Gegenwärtig bekommt beispielsweise ein Arbeiter der Klasse VII bei etwa 60stündiger Arbeitszeit einschließlich einer Familienzulage für Frau und Kind 24 Mark pro Woche. Das macht für die Stunde etwa 40 Pf. Ein Handwerker erhielt vor dem Kriege bei Lebenshaltungskosten, die bedeutend niedriger waren als die jetzigen, bedeutend mehr Lohn. Zudem kommt, daß früher die Zuschläge auf die Gesamtbezüge gewährt wurden, während jetzt der Ortszuschlag unberücksichtigt bleibt. Ein Vergleich mit den Löhnen der amerikanischen Eisenbahner zeigt, daß diese bedeutend besser gestellt sind. Winkler sprach die Erwartung aus, daß die Bestimmungen des Dames-Gutachten, die von einer Gleichstellung der gleichwertigen Arbeiter spricht, nicht in Vergessenheit gerät.

Bei den Verhandlungen war der Einfluß der schwerindustriellen Direktionsmitglieder unerkennbar. Ihr System der niedrigen Löhne bei langer Arbeitszeit soll auch bei der Reichsbahn eingeführt werden. Aber die Einwände der Direktion sind nicht stichhaltig, da selbst der Generaldirektor Defer vor einiger Zeit in Hamburg andere Angaben über den Stand der Reichsbahn gemacht hat.

Winkler ließ die Versammlung in keinem Zweifel darüber, daß die Taktik des DEB gegenüber der privatkapitalistischen Reichsbahn anders werden muß als bisher. Der Druck der Spitzenorganisationen auf das frühere Reichsverkehrsministerium fällt jetzt fort. Die Eisenbahner haben keine Veranlassung, mehr Rücksichten zu nehmen, als man auf sie nimmt.

In der Diskussion wurde von allen Rednern an dem Verhalten der Reichsbahndirektion scharfe Kritik geübt.

In einer einstimmig angenommenen Resolution protestierte die Versammlung gegen die Gesellschaft, die ihren Leitern riesige Gehälter bewilligt hat, den Arbeitern aber einige Pfennige Lohnerhöhung verweigert. Die Verhandlungskommission wurde nochmals beauftragt, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Dem Vorhaben der Industrielassen im Verwaltungsrat, durch niedrige Eisenbahnerlöhne, auch die Löhne in der Industrie herabzudrücken, wird der schärfste Kampf angefangt. Die Eisenbahner werden am Schluß der Resolution aufgefordert, sich geschlossen einzureihen in den Deutschen Eisenbahnerverband, um so ein machtvolles Ganges zu bilden.

Der Streik in den Kupfer-Schmiedereien erfolgreich beendet.

Der Streik in den Kupfer-Schmiedereien Groß-Berlins konnte mit einem guten Erfolg für die Kollegen beendet werden. Bei einem am Sonnabend vormittag durch den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Groß-Berlins von Amis wegen unternommenen Versuch, die Parteien zu Verhandlungen zusammen zu bringen, einigte man sich dahin, am Montag ein Schiedsgericht zusammenzutreten zu lassen. Dieses sollte dann nach längerem Verhandeln einen Schiedsspruch, nach welchem die bis zum Streik gültigen Lohnsätze um 18 Proz. erhöht werden und außerdem die Zuschläge für Stadtmontage für Kupfer-Schmiede von 5 Pf. auf 8 Pf. für Helfer von 3 Pf. auf 5 Pf. festgelegt werden. Dieser Spruch ist von beiden Parteien angenommen, sowie die Arbeit am Mittwoch früh geschlossen wieder aufgenommen worden.

Zum Transportarbeiter-Tarif in der Metallindustrie.

Eine Funktionärerversammlung aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller nahm am Dienstag Stellung zur Lohnfrage, wie sie nach dem Abschluß des Lohnabkommens für die Transportarbeiter in der Metallindustrie entstanden ist. Bevollmächtigter Ziska vom Metallarbeiterverband gab eine Darstellung der Entwicklung der Lohnfragen während der tariflosen Zeit. Er kam zu dem Ergebnis, daß durch die Befestigung der Familienzulage ein lange erstrebter Zustand erreicht worden ist. Wenn auch die vereinbarten Löhne immer noch als sehr niedrig bezeichnet werden müssen, so ist doch die Möglichkeit gegeben, auf der Basis dieses Lohns weiter aufzubauen. Ziska betonte, daß sein Bericht rein informativem Zweck dienen solle.

In der Diskussion verlangte ein Kommunist, daß eine „Massenbewegung“ unter den Metallarbeitern eingeleitet werde, wobei es „Rebenjache“ sei, ob die Metallarbeiter gut organisiert sind oder nicht. Ein anderer Kommunist, Niederkirchner, nahm den gegenteiligen Standpunkt ein, ohne jedoch auf den Kern der Sache einzugehen. Wer von den beiden Rednern die Parole der KPD befolgte, war nicht ersichtlich. Niederkirchner gab sogar zu, daß Verhandlungserfolge nicht allein von der Verhandlungskommission, sondern auch von der organisatorischen Macht abhängen, die hinter den Unterhändlern steht. Die Mehrheit der Versammlung bedeutete ihm, seine Binsenwahrheiten den Unorganisierten vorzutragen.

Die Versammlung war schließlich mit dem Verhandlungsergebnis, soweit der Abbau der Familienzulage in Betracht kommt, einverstanden.

Verhärfung im Kölner Transportarbeiterstreik.

Köln, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Kölner Transportarbeiterstreik geht unvermindert weiter. Der Schaden, der durch den bereits zwei Wochen dauernden Streik dem Wirtschaftsleben nicht nur der Stadt Köln, sondern des ganzen Bezirkes entstanden ist, ist schon jetzt außerordentlich groß. Da der Vorsitzende der Filiale Köln des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes von der städtischen Hafenverwaltung gemahregelt wurde, weil er sich weigerte, Streikarbeiten zu verrichten, ist eine Verschärfung der Streiklage in den nächsten Tagen wahrscheinlich. Die Gemeindearbeiter Köln haben zu der Maßregelung bereits in einer erregten Versammlung Stellung genommen und von der Stadtverwaltung die Wiedereinstellung ihres Kollegen verlangt.

Drohender Streik der Rheinschiffer.

Duisburg, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Deutsche Verkehrsband, Abteilung Binnenschiffer, ruft in Flugblättern und in Versammlungen das Rheinschiffahrtspersonal zur Aktionsbereitschaft auf, um, falls die Arbeitgeber bei der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der ab 1. November geforderten 20prozentigen Lohnerhöhung verharren, unter Benützung der durch die günstige Rheinschiffahrtslage geschaffenen vorteilhaften Lage die Anerkennung der neuen Lohnforderungen zu erzwingen. In verschiedenen Rheinhäfen haben örtliche Verhandlungen zwischen den Organisationen der Rheinschiffahrt und der Hafenarbeiter stattgefunden, um im Falle einer Ablehnung der von den Rheinschiffern und den Hafenarbeitern geforderten Lohnerhöhung in eine gemeinsame Streikaktion zu treten. Zwischen dem Verkehrsband und der niederländischen Rheinschiffer-Organisation sind an zugez. Besprechungen über eine Solidaritätsaktion im Falle eines Streiks der deutschen Binnenschiffer statt.

Der Abstieg der Kommunisten.

Nach dem Austritt des Bauarbeitersverbandes aus der französischen kommunistischen Gewerkschaftszentrale scheint sich der Zerfall dieser von Moskau einst mit großen Hoffnungen ins Leben gerufenen Organisation rasch zu vollziehen. Am Sonntag beschloß der elsass-lothringische Gewerkschaftsverband der Postangestellten, der bisher der kommunistischen Organisation angehörte, seinen Uebertritt zur Postgewerkschaft der Amsterdamer Richtung.

Zentralverband der Angestellten, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Deutscher Werkmeisterverband, Chemische Industrie: 117, Hauptkassenverammlung heute abend 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau des ADL, Belle-Alliance-Str. 7-10 Aufg. 9, III). Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichter.

Verantwortlich für Inhalt: Groß-Köln: Birkhoff; Helmut Salernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götzen; Heilbronn: Dr. John Schilowski; Solingen und Constance: Fritz Reibelt; Saarbrücken: Dr. Götze; ähnlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Hierzu zwei Beilagen und „Geanstimmte“.

Ein milde und sicher wirkendes Abführmittel sind **San-Rat Dr. Strahls Hauspillen**, seit dem Jahre 1851 weltbekannt. Auch bei Hämorrhoiden, Leber- und Gallensteinleiden vorzüglich bewährt. Von Ärzten u. Patienten glänzend begutachtet. In Originalschachteln à Mk. 1.- u. 2.- zu haben in den Apotheken, wo nicht, franko Nachnahme durch Filialen-Apotheken. Berlin SW., Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz.

Sophien-Säle Sophienstraße 17-18. **Säle frei!** Norden 9296.

Große Reklame-Woche

für unsere Qualitäts-Margarine

Reichelt's Allerfeinste

Täglich frisch im Ausstich

Preis: 1/2 Pfund 50 Pfg.

Wir verabfolgen von heute bis Mittwoch, den 5. November

- auf 1/2 Pfund 1 Rippe Qualitäts-Schokolade
- auf 1 Pfund 2 Rippen Qualitäts-Schokolade
- auf 2 Pfund 4 Rippen Qualitäts-Schokolade
- auf 5 Pfund 10 Rippen Qualitäts-Schokolade

Reichelt

147 Geschäfte

In Groß-Berlin

Ein Jahr Berliner Rundfunk.

Vom Siegeszug des Wechselstroms. — Der neueste Stand der Nachrichtenübermittlung.

Kriegen, Drahtleitungen, Kabel, Eisenbahnschienen, Schnell-dampfer, Flugzeug und Luftschiffe sind die äußeren Zeichen eines Zeitalters, das draus und drin ist, Raum und Zeit zu überwinden. Seitdem die Erde nicht mehr als Mittelpunkt der Welt erscheint, wird sie kleiner und immer kleiner. Es vergehen nicht mehr Monate und Jahre, ehe wir die „neuesten Nachrichten“ aus den entfernten Teilen der Erde erhalten: mit Lichtgeschwindigkeit, mit 300 000 Kilometern in der Sekunde werden sie zu uns getragen, und ständig ist die Bevölkerung von den wichtigsten Geschehnissen aus jenen Gebieten unterrichtet, in denen neuzeitliche Nachrichtenübermittlung heimisch ist.

Rundfunk und Draht.

Beratern der Presse wurde kürzlich vom Reichspostministerium Gelegenheit gegeben, die neuesten Fortschritte auf diesem Gebiet kennen zu lernen. Zunächst ein Wettstreit zwischen Rundfunk und Draht. Die drahtlose Technik hat sich ja bei uns innerhalb des einen Jahres, da der erste Rundfunksender in Berlin zu arbeiten begann — es war am 29. Oktober v. Jahres, von 8 bis 9 Uhr abends — eine ständig wachsende Zahl von Freunden erworben. Es mag jetzt bald an 400 000 eingeschriebene Rundfunkteilnehmer, neben den immer noch vorhandenen Zuhörern, geben. Eines der Probleme, an dem die Funktechniker jetzt arbeiten, ist die einwandfreie Übertragung von Opern. Jeder Rundfunkteilnehmer kennt die Reizen und Freuden, die ihm blühen, wenn die Sendeanterie, die ihn mit elektromagnetischen Wellen versorgt, die Stimmen der Sänger und Sängerinnen und des Orchesters zu ihm schickt. Bei der Vorführung im Reichspostministerium wurde eine Oper, sowohl durch Rundfunk als durch Draht, übertragen. Es zeigte sich, daß die Drahtübertragung störungsfreier, also reiner ist. Trotzdem dürfte die Rundfunkübertragung sich heutzutage durchsetzen, da sie wirtschaftlicher zu arbeiten vermag. Aber Draht und Funk sind nicht nur Wettbewerber, die sich gegenseitig den Rang abzumessen versuchen, sie können sich auch prachtvoll ergänzen und helfen, wie zwei treue Brüder. Draußen auf dem Meere schwimmt irgendwo ein Dampfer. Seine Antenne ist zwischen den Masten gespannt, und in einer kleinen Kabine sitzt der Funker, die Hörer an den Ohren, nicht um Ruß zu hören — die Rundfunkantenne sind bei ihm gerade nicht sehr beliebt —, sondern, um die Stimmen zu vernehmen die aus dem Raum zu ihm dringen, und vielleicht Antwort erheischen. Wofür wird laut und deutlich sein Schiff und er selber telephonisch anrufen. Ein Griff und der Sender ist mit der Antenne gekoppelt. Nun spricht er selbst hinaus aus der Meeresstunde und seine Stimme wird klar und vernehmlich mitten in dem steinernen Meer der Großstadt gehört. Scheinbar ein ganz gewöhnliches Telefongespräch und doch ein „gemächliches“. Der Sprecher aus dem Postministerium war zunächst mit der Funkstelle Norddeich durch normale Telefondrähte verbunden. Seine Sprache wurde dann den drahtlosen Wellen dieser, an der Wasser-tant liegenden, Funkstelle überlagert und von ihnen hinübergetragen in dem in See befindlichen Schiff. Die Antwort des Funkers ging dann den umgekehrten Weg zurück, und so könnte man auf diese Weise von jedem beliebigen Telephonantenne aus mit irgendwelchem Welt auf dem Meere schwimmenden Verwandten oder Fremden sich jederzeit unterhalten.

Eine neue Leistung des Wechselstroms.

Die drahtlose Kunst hat sich aber auch in anderer Weise als bisher Meisterin der Drahttelegraphie und Telephonie erwiesen. Während es früher als ganz selbstverständlich galt, daß man über einen Draht nur immer jeweils eine Nachricht senden könne, ist es durch die Anwendung der Erkenntnisse der Hochfrequenztechnik möglich geworden, zwei, drei, vier bis sechs und später vielleicht noch mehr Nachrichten gleichzeitig den selben Drahtweg entlang zu senden, ohne daß sie sich gegenseitig stören. Der Strom, der hierbei fließt, ist nicht mehr einfacher Gleichstrom, sondern hin und her schwingender Wechselstrom. Wenn man nun die Schwingungszahl der Wechselströme, die am Draht entlanglaufen sollen, ändert, d. h. genau so wie in der Drahtlosen mit anderen Wellenlängen sendet, dann kann man über einen Draht mehrere Botschaften gleichzeitig in eine bestimmte Richtung schicken. Sender und Empfänger

sind bei diesem System der Drahttelegraphie denen der Drahtlosen recht ähnlich geworden. Der Vorzug dieses Systems, gegenüber der Funktelegraphie, besteht einmal darin, daß das Nachrichten-geheimnis einwandfrei gewahrt wird und dann darin, daß diese Nachrichtenübermittlung mit sehr geringer Kraft erreicht wird. Dann aber hat die Ausbildung der Elektronenröhre es möglich gemacht, für Telegraphie und Telephonie gleich starke oder richtiger gleich schwache Kupferdrähte in den Kabeln zu benutzen. Früher mußte man, da der Telegraphiestrom wesentlich stärker ist als der Telephonstrom, für diese Zwecke ziemlich starke Kupferdrähte benutzen, die natürlich viel teurer waren als die Telephondrähte. Seitdem man



über den Telegraphiestrom durch Einschalten der Elektronenröhre in jedem gewünschten Grade verstärken kann, genügen für das Telegraphieren auch schwächere Ströme und damit auch schwächere Drähte.

Elektronenröhre und Seekabel.

Es war eine Großleistung der Technik, bevor die Drahtlose ihren heutigen Stand erreicht hatte, die Erdteile durch Kabel miteinander verbunden zu haben. Aber diese Kabel hatten einen großen Nachteil. Es dauerte immer längere Zeit, ehe der durch das Kabel geschickte Strom am Ende des Kabels so kräftig wurde, daß die Telegraphenapparate ansprachen. Dadurch war der Schnelligkeit des Telegraphierens eine gewisse Grenze gesetzt. Höchstens 150 Buchstaben in der Minute konnten durch solch ein langweiliges Kabel hindurchgeschickt werden. Heute hat man diese Geschwindigkeit fast verzehnfacht. Mit der Geschwindigkeit eines Schnellzuges zeichnet

heute der Morse-Schreiber in fertiger Druckschrift die Nachrichten auf, die von einem Ende zum anderen durch das Kabel gefandt werden. Dieses Wunder verdanken wir wiederum der Elektronenröhre, die die schwachen Ströme am Ende des Kabels so schnell und so erheblich verstärkt, daß die Telegraphenapparate jetzt eher als früher bereit sind zu arbeiten. Dann aber haben die Kabeltechniker zu einem ganz besonderen Anlauf gegriffen, bei dem ihnen die Drahtlose nicht geholfen hat: Sie haben die Induktivität des Seekabels erhöht, indem sie den Kupferdraht mit einem magnetischen Stoff von ganz bestimmter Zusammensetzung umgaben. Dadurch wurde das bisher so träge Seekabel für die Weiterleitung der Telegraphiestrome wesentlich empfindlicher, so daß man jetzt mit verhältnismäßig geringeren Kräften die große Telegraphengeschwindigkeit von mehr als 1000 Buchstaben in der Minute erzielt, die von den Schnell-telegraphen erzeugt wird. Die Möglichkeit, lange Seekabel für moderne Schnelltelegraphie zu benutzen, ist für Deutschland von um so größerer Bedeutung, als es nicht ausgeschlossen erscheint, daß unser Land nunmehr wieder durch ein eigenes Kabel den Tele-graphenverkehr mit Amerika wird aufnehmen können.

Die Zukunft des Fernsprecheverkehrs.

Der Umfang, den das Nachrichtenwesen in Deutschland ange-nommen hat, kann am besten durch einige Zahlen gekennzeichnet werden. Es gibt in Deutschland, nach dem Stande von 1923/24, 41 000 Telegraphenanstalten, die durch 880 000 Kilometer Tele-graphenleitungen miteinander verbunden sind, und auf denen 60 Millionen Telegramme befördert wurden. Noch größer ist der Umfang, den das Fernsprechenwesen bei uns angenommen hat. In dem angeführten Jahre gab es bei uns 7500 Ortsnetze, 7600 Ver-mittlungsstellen, 45 000 öffentliche Sprechstellen, 2 200 000 private Sprechstellen, einschließlich der Nebenanschlüsse. Alle diese Stellen waren insgesamt etwa durch 8 Millionen Kilometer Fernspreche-leitung verbunden. Die erwünschten Telegraphenleistungen würden etwa 22 mal den Äquator umspannen, die Fernsprecheleitungen dagegen könnten 200 mal um den Äquator gelegt werden. Nicht weniger als 270 Millionen Ferngespräche und 1 Milliarde 600 Mil-lionen Ortsgespräche sind im Jahre 1923/24 geführt worden. 104 500 Menschen waren notwendig, um diesen riesigen Verkehr zu bewältigen. Von diesen waren im Telegraphendienst 33 500, im Fernsprechedienst 47 000 und im Zeitungsdienst 24 000 Menschen be-schäftigt. Im Fernsprechenwesen vollzieht sich langsam eine Resolu-tion durch die Umstellung auf den Selbstanschlußbetrieb, bei dem die Telefonantennen ausgeschaltet werden. Alle neuen Sender, die heute entstehen, werden für den Selbstanschlußbetrieb gebaut. Es gibt bereits jetzt etwa 25 Netze für 10 000 Teilnehmer, 10 für 1000 und rund 45 für 100 Teilnehmer. Etwa 40 Zehntausender-ämter sind in Bau und zirka 60 in Vorbereitung. Das Zukunfts-bild des Fernsprechebetriebes ist in der völligen Automatisierung zu erblicken, auf die die Reichspost bereits hinarbeitet. In Berlin dürfte der automatische Betrieb in 10 bis 15 Jahren durchgeführt sein.

Die neuesten Fortschritte auf dem Gebiete der Nachrichten-übermittlung zeigen, daß nirgends ein Stillstand eingetreten ist. Fast unter dem Ausschlag der Öffentlichkeit scheint hier das Neue zu entstehen. Wenn wir heute, aus Anlaß des in Deutschland vor einem Jahre eingeführten öffentlichen Rundfunks, auf diese techni-schen Fortschritte hinweisen, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß späteren Geschlechtern diese ganze Technik, in der wir es „so herrlich weit“ gebracht haben, als höchst unzulänglich erscheinen wird. Und das ist gut so! Stillstand bedeutet Tod. Solange aber Menschen auf der Erde denken können und schaffen müssen, werden sie darüber nachsinnen, wie sie alles besser gestalten können, denn nichts ist so vollkommen, als daß es nicht noch besser gemacht werden könnte.

Rundfunkunterhaltung für Patienten in Krankenanstalten.

Günstige Erfahrungen in amerikanischen Krankenanstalten haben zu der Anregung geführt, auch in deutschen Krankenanstalten Rundfunkunterhaltungen möglich zu machen. Der Reichspostminister hat für die Frage großes Verständnis gezeigt. In Kranken-tafelanstalten ist der Gedanke, Patienten in Er-holungsheimen Rundfunkunterhaltung zugänglich zu machen, bereits auf fruchtbarem Boden gefallen. So haben z. B. die Patienten, welche von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Schöneberg-Friedenau in ihr Erholungsheim in Wernigerode am Harz geschickt werden, täglich Gelegenheit, Rundfunkunterhaltungen zu hören.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

9.

Bertram hatte tief bedauert, daß Luke Christy so lange nicht in London gewesen war, und freute sich, als er seine Unterschrift unter einem Artikel in der „Neuen Welt“ las.

Christy war nur selten in London, und nach einigen Tagen oder Wochen in seiner Wohnung zog es ihn wieder nach Paris, Berlin, Wien oder Rom, um mit unerfüllter Begierde zu sehen, wie die Sachen im Geiste der Völker und ihren sozialen Bedingungen ihren Verlauf nahmen. Das Resultat seiner Forschungen konnte man dann in radikalen Blättern lesen unter dem Titel: „Unser Spezialberichterstatler schreibt uns“, und seine Artikel trugen ein kaltes wissenschaftliches Gepräge, vollgeprobt mit Tatsachen und Statistiken und gänzlich unpersonlich. Die Flamme im Herzen dieses Mannes gab sich nicht darin kund, aber Bertram wußte, wie sehr sie von einer abseitigen Gruppe internationaler Männer und Frauen geschützt wurde.

Diese bezeichnete Kenneth Murk als „langhaarige Idealis-ten, kriechende Pazifisten und dahemgebraute Bolschewisten“. Auch Christy hatte er ein paarmal so genannt und hinzugesagt: „Der Kerl müßte erschossen werden.“

„Er ist mein Freund“, hatte Bertram gesagt. Kenneth Murk hob milde erstaunt die Augenbrauen. „Ja? Ach, dann nähren Sie eine Schlange an Ihrem Busen, mein Lieber. Christy und Genossen haben uns und unseren Idealen den Krieg erklärt.“

„Was für Idealen?“
„Die gute alte Ordnung aufrechtzuerhalten, unsere Bor-rechte, Englands städtische Schiffs, unser so angenehmes Leben, was alles durch Steuerernehmer und das gierige Geschrei des unerfülllichen Böbels schon arg bedroht ist.“

Bertram widersprach heftig. „Dieser Böbel hat im großen Kriege das Sterben besorgt und fordert jetzt nur an-gemessenen, ausreichenden Arbeitslohn.“

„Sal fordert hohe Löhne für möglichst wenig Arbeit.“ antwortete Kenneth in seiner gelassenen, lächelnden, überheb-lichen Art. Ihm gefiel die Ansicht nicht, daß der Moß am meisten sein Blut vergossen hatte. Die besten Familien Eng-lands, die alte Aristokratie hatten vom Anfang bis zum Ende des Krieges freiwillig ihr Blut in Strömen vergossen. „Spezialberufe und unabkömmliche Beschäftigungen.“ Solche

Entscheidungen hatte die Jugend der Gymnasien, Universi-täten und des Landadels nicht gesucht.“

„Stimmt!“ sagte Bertram. „Sie haben sich brav ge-halten. Keiner daff.“

„Wie gut, daß du wenigstens soviel zugibst, Bertram!“ sagte Joyce höhnisch. Es klang wie eine Herausforderung.

Das war im Salon des Hauses in Holland Street, Joyce lag auf einer Menge der buntesten Kissen auf dem Sofa, die übereinander geschlagenen Beine ließen die langen Seiden-strümpfe sehen. Eine reizende, schlanke, goldhaarige Erschei-nung in einem enganliegenden Jumper, so jung und frisch, daß es selbst Bertram kaum glaublich erscheinen wollte, daß sie Mutter eines Kindes gewesen war. Wie schön war sie doch! Wie gut, sie wieder hergestellt zu sehen.

„Warum sollte ich das nicht zugeben? Es ist doch eine geschichtliche Tatsache.“

„Aber du nimmst immer die Seite der gewöhnlichen Leute. Schreibst die Arbeiterpartei groß. Das ist uns gegen-über eine Untreue.“

Bertram rückte unruhig hin und her. „Sprich doch um Gottes willen nicht immer von den einfachen Leuten, als wenn sie Schmutz wären, Joyce! Sie haben England ge-rettet und England steht in ihrer Schuld. Diese Jungens in meiner Kompanie, sage ich dir.“

„Diese Jungens in deiner Kompanie!“ sagte Joyce und schnippte die Asche ihrer Zigarette in den Kamin. „Ich be-greife nicht, wie du überhaupt deine Autorität bewahren konntest, wo du so intim mit ihnen warst.“

„Sie haben mich mehr als einmal das Leben gerettet“, sagte Bertram leise.

„Das sind alte Geschichten. Immer redest du von dem alten Kriege! Aber wir reden ja von heute. Die Arbeiter sind durch und durch unmoralisiert und mit Bolschewismus durch-seucht. Mit starker Hand sollten sie in ihre Schranken zurück-gewiesen werden.“

„Ganz meine Meinung!“ bestätigte Kenneth Murk.

„Tyranisch und überheblich sind sie geworden.“

„Überheblich?“ lachte Bertram und strebte, seines auf-steigenden Vergers Herr zu werden.

„Ja wohl“, sagte Kenneth nachdrücklich, „geradezu wider-wärtig in ihrer Ueberhebung. Weil sie keine steifen Kragen und Krawatten tragen, wollen sie nicht mit solchen verfahren, die es tun. Weil sie ungebildet sind, verdammen sie die In-tellektuellen als Parasiten und Parasiten. Ihre Gewerkschaften sind exklusiver als West End Clubs. Ihre Arbeiterführer

sind erklärte Feinde der durch die Oberklassen so schwer er-rungenen englischen Freiheiten, der Freiheit der Rede, Gleich-heit vor dem Gesetz, gleiche Berechtigung für reich und arm, religiöse Duldsamkeit und Besteuerung gemäß dem Vermögen. Gerade diese Burschen unterdrücken jede Freiheit. Wer es wagt, ihnen zu widersprechen, ist ein verdammter Reaktionsär. Hätten sie ihren Willen, wie in Rußland, würden sie jebe freie Religionsübung verhindern und jeden geistigen Wider-stand mit dem Henkersbeil bestrafen. Selbst bei uns sind die Arbeiter die einzige steuerfreie Klasse, sie erhalten ihre Er-ziehung umsonst, und möchten trotzdem von jenen erpressen, die durch schwere Arbeit ein bißchen Geld angesammelt haben.“

„Wie Sie zum Beispiel“, sagte Bertram.

„Wie ich, jawohl“, antwortete Kenneth ruhig. „Ich ge-stehe aufrichtig ein, daß meine Tätigkeit beim Auswärtigen Amt nicht ermüdend ist, aber schaffe ich nicht über meinen Sonetten? Ringe ich nicht in bitterer Arbeit, um meine Ge-dankenprobe für den Londoner Merkur zutage zu fördern?“

„Sie sollten ins Parlament eintreten, Kenneth“, sagte Joyce, „Ihre Beredsamkeit würde sogar Lloyd George über-wältigen. Und ich will zugeben, daß eine Menge Verstand in Ihrem Kopfe ist, trotz Ihrer verderblichen Schönheit und arroganten Einbildung.“

Sie sprach mit gewohnter, leichter Ironie und doch mit einer geheimen Bewunderung, welche er herausfühlte und genoss.

Er erröte ein wenig und lachte geziert. „Den Dant meines Herzens, Dame, für diesen Tribut. Aber trüben Sie meine reine Seele nicht mit Politik. Es ist unmöglich, sich in den Toren des Parlaments rein zu erhalten.“

Es kamen noch mehrere Herren von Joyces Freunden, unter anderen eine italienische Gräfin, welche dem schönen Kenneth schmachtende Blicke zuwarf. Bertram sah, daß ihre von herrlichen Ringen funkelnden Hände unfauber waren. Sie nannte Joyce „Cardissima“, und während der Begrüßung schlüpfte Bertram hinaus, um den alten Christy wieder ein-mal aufzuluchen.

10.

Luke Christy öffnete, als Bertram einen kleinen Messing-klopper an einer im dritten Stock gelegenen Tür in Bewegung gesetzt hatte.

„Hallo, Major. Ich hatte doch eine Ahnung, daß Sie kommen würden. Sie können sich von meinem verderblichen Einfluß nicht fernhalten.“

(Fortsetzung folgt.)

Neues Semester.

Und wieder beginnt an der Universität in diesen Tagen ein neues Arbeitshalbjahr. Universität — dieses Wort hat in der Geschichte der deutschen Republik keinen allzu guten Klang. Wir können nicht vergessen, daß die Moratmosphäre, die jahrelang über Deutschland lastete, zu einem guten Teil in unseren Hochschulen ihren Ursprung hatte, und daß die geistige und tatsächliche Reaktion gerade von dort ausging, wo man einen klaren Quell neuer und freier Ideen erhofft hatte. Schuld an diesen demoralisierenden Zuständen trägt nicht zuletzt auch die nachsichtige Republik selbst, denn sie tat fast nichts, um den Einfluß des monarchistisch und antisozial denkenden Typus Roethe zu dämmen. Jede Universität hat aber, wie überhaupt jede Schule, ihren Sinn verloren, wenn sie eine Stätte des Rückschritts ist, da eine universelle Wissenschaft keine nationale Begrenzung kennen darf. Weil aber jede konsequent universelle Wissenschaft den Ehrlichen auch zum unversessenen, d. h. politisch-internationalen Wollen führt, muß es gerade die wichtigste und edelste Aufgabe der Hochschulen sein, durch eine Internationale des Geistes das Fundament einer Internationale der Wirtschaft mit schaffen zu helfen. Solches Wirken bewußt heute schon zu erwarten mag im Hinblick auf die vorläufig noch rein bürgerliche Tendenz aller Hochschularbeit utopisch sein, restlos zeigt sich jedoch die Wichtigkeit der Angelegenheit, wenn man bedenkt, daß dieselben jungen Studenten, die zum großen Teil auch heute noch nicht von ihrer schwarzweissen Schein-Ideologie loskommen können, als Pädagogen, Juristen oder Schriftsteller in wenigen Jahren das öffentliche Leben mit beeinflussen werden. Bleiben die Kinder wie die Väter sind, so wird aus der Republik (res publica = öffentliche Sache) bald eine res privata, eine Privatangelegenheit der kapitalistischen Klasse werden. Das zu verhindern und dafür zu bewirken, daß sich die Bruchlinien der Reaktion in Pflanzstätten des Fortschritts vermindern, gibt es eine Möglichkeit; sie auszunutzen ist unsere Pflicht am 7. Dezember!

Roheitsakt eines Chauffeurs.

Wegen Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Der bisher selten angewendete § 22 des Automobilgesetzes kam in einer Anklage gegen den Kraftfahrer Alfred Laborius zur Geltung. Nach diesem Paragraphen wird bestraft, wer es unternimmt, nach einem Unfall sich der Feststellung seiner Person oder des Fahrzeuges durch die Flucht zu entziehen. Laborius war außerdem wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt.

Im Februar raste er mit seinem Auto in der Mittagsstunde durch die Rheinstraße in Friedenau und überfuhr einen Straßengraben. Er hatte zwar Signale gegeben, aber die Geschwindigkeit von mindestens 30 Kilometer nicht ermäßigt. Die Folge war, daß der Straßenfeger von dem Auto erfasst wurde. Die Scheitel- und Mütze flogen zur Seite, der Mann selbst geriet unter das sehr niedrige Chassis des Wagens und wurde mittelgeschleppt. Zunächst hatten die Passanten, die mit Entsetzen den Vorfall mitangesehen hatten, den Eindruck, als wenn der Wagen halten wollte. Dieser sah sich nach kurzem Stoden aber wieder zu rollender Fahrt in Bewegung. Ein Mann, der mit erhobenen Händen dem Wagen entgegentrat, um ihn zum Halten zu bringen, konnte sich nur noch rechtzeitig durch Brilleispringen retten. Erst 80 Meter von der Unfallstelle einströmte wurde der Wagen zum Stehen gebracht, nachdem ihn ein Nachfahrer eingeholt hatte. Eine Menschenmenge war dem Wagen gefolgt, denn das bedauernde Opfer war während des ganzen Zeit unter dem Wagen mitgeschleppt worden und konnte erst erst herbeigeholt werden. Der Unfallschaden hatte schwere Verletzungen am Kopf, von denen er zwar geheilt worden ist, er hat aber das Gehör verloren und ist pensioniert worden. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten Laborius wegen Körperverletzung und Flucht zu drei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Wegen des Urteils hatte der Angeklagte Berufung eingelegt und brachte zu seiner Verteidigung vor, daß er nicht die Absicht gehabt hätte, zu entfliehen. Ihm sei gar nicht bewußt gewesen, daß der Straßenfeger unter sein Auto geraten war. Er habe auch gleich halten wollen, sich aber in der Verwirrung dabei vergriffen und statt der Bremse den falschen Hebel angestellt. Dadurch sei die verstärkte Fahrgeschwindigkeit zu erklären gewesen. Auf Grund der Beweisaufnahme kam das Gericht aber zu der Überzeugung, daß diese Verteidigung des Angeklagten eine faule Ausrede sei, denn wenn er sich wirklich in dem Griff geirrt haben sollte, dann hätte er das in dem nächsten Moment merken müssen und also schon wenige Meter weiter den Wagen zum Stehen bringen können. Das Gericht nahm eine einheitliche Strafhandlung an, so daß die zweite Berufung wegen Vergehen gegen § 22 des Automobilgesetzes in Wegfall kam und nur die Strafe von drei Monaten Gefängnis bestehen blieb.

Projektierte Straßendurchbrüche.

Der Magistrat hat kürzlich in einer seiner letzten Sitzungen die Frage der Einleitung des Potsdamer Platzes besprochen. Man war sich darüber einig, daß die früher geplante Durchführung der Eichhornstraße und die Durchführung der Bohlstraße aus technischen und finanziellen Gründen außer Betracht bleiben müssen. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Potsdamer Platz und Anstalten Platz können außer dem Ausbau bestimmter Linien des Schnellbahn- und des Omnibusverkehrs eine große Straßendurchbrüche dienen, die eine Ablenkung des Auto- und des Straßenbahnverkehrs von der Leipziger Straße, Potsdamer Platz und Anstalten Platz zur Folge haben. In erster Linie soll ein nördlich der Leipziger Straße gelegener Durchbruch gefördert werden. Diese neue Verkehrslinie ist in der Lage, den Straßenbahnverkehr von der Spandauer und der Französischen Straße her aufzunehmen, wodurch eine wesentliche Erleichterung für die Verkehrsverhältnisse des Potsdamer Platzes geschaffen würde. Allerdings wird man daran denken müssen, die Tiergartenstraße nach dem Tiergarten hin wenigstens so weit zu verbreitern, daß die Straßenbahn auf eigenem Bahnkörper verlegt werden kann. Nach einer Verbesserung der Verbindung zwischen Tiergartenstraße und Kurfürstendamm, ferner die Verbreiterung der Corneliusstraße muß vorgesehen werden, damit dieser Straßenzug seine Aufgabe voll erfüllen kann. — In zweiter Linie rechnet man mit einem südlichen Durchbruch der Kurfürstendammstraße unter dem Potsdamer Güterbahnhof zur Schöneberger Straße und weiterhin zur Anhalt-, Koch- und Oranienstraße. Die eingehenden Erörterungen des Ausschusses haben zu dem Ergebnis geführt, daß es zweckmäßig ist, die Kochstraße für diese südliche Einleitungsstraße zu benutzen. Ein Durchbruch von der Schöneberger Straße durch den Prinz-Albrecht-Park zur Prinz-Albrecht- und Zimmerstraße hätte zwar gewisse Vorteile, würde aber voraussichtlich zu einer verkehrlich und städtebaulich ungünstigen Lösung an der Ecke der

Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße führen, abgesehen von der kaum zu vermeidenden vollkommenen Zerstörung des Prinz-Albrecht-Parks.

Fernheizung von Wohnungen. Berlin soll Veräümltes nachholen.

Der Städtische Nachrichtendienst hat vor kurzem eine Mitteilung über eine im Berliner Rathaus abgehaltene Besprechung verbreitet, in der die Frage geprüft wurde, inwiefern für Berlin eine planmäßige Heizungsverordnung von öffentlichen und privaten Gebäuden durch Zuführung der Wärme von Fernheizwerken durchgeführt werden kann. In dieser Mitteilung war auch von einem beabsichtigten Heizwerk der Technischen Hochschule in Charlottenburg, das an das vorhandene Elektrizitätsnetz angeschlossen werden könnte. Der örtliche Bauleiter des Kraftheizwerkes der Tech-

Eine trostlose Partei

Ist die Deutschnationale Volkspartei, die im Reichstage seit Wochen ein ganz unwürdiges Spiel aufgeführt. Sie

Suchte Ministerportefeuilles zu kaufen

für fünfzigprozentige Gefinnungslumperei, um sich an die Regierungs-„Futterkrippe“ heranzudrängen. Das ist ihr nicht gelungen, deshalb sucht sie jetzt

auch Wahlstimmen für Pelzmäntel,

Anzüge, Bekleids und Trostpreise zu ergattern. Das darf ihr nicht gelingen, deshalb zahlt beiseiten

freiwillige Beiträge für den Wahlfonds

der SPD. an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße 65, oder auf Postcheckkonto Nr. 48 743 an Alex Pagels, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

nischen Hochschule Charlottenburg, Regierungsbaumeister Dr. Ing Kuhnberg schreibt uns nun hierzu:

Ein Heizwerk der Technischen Hochschule Charlottenburg ist nicht beabsichtigt, sondern es wird bereits im Auftrage der Preussischen Bau- und Finanzdirektion ein sogenanntes Kraft-Heizwerk mit allen neuzeitlichen Einrichtungen ausgeführt. Während früher die Maschinenanlage des Maschinenlaboratoriums der Technischen Hochschule nur elektrischen Strom und Kraft erzeugte und die Heizung der Technischen Hochschule eine getrennte Anlage für sich war, werden die Maschinen nun so angelegt, daß der erforderliche Antriebsdampf nach verrichteter Arbeit in den Maschinen in die neu geschaffenen Fernheizleitungen zur Beheizung der Gebäude geleitet wird. Der Dampf wird doppelt ausgenutzt, seine Wärme aber bei diesem kombinierten Betrieb um circa 80 Proz. ausgenutzt gegen früher um 20 Proz. In diesem Winter werden außer den gesamten Gebäuden der Technischen Hochschule die Hochschule für bildende Künste, die Hochschule für Musik, die Militärtechnische Akademie mit dem Chemischen Laboratorium an der Kurfürstendammallee von diesem Kraftheizwerk mit Wärme versorgt. Beabsichtigt ist, auf diese Weise in Kürze alle Staatsgebäude im Hochschulgebiet zwischen Hardenbergstraße, Bismarckstraße und Stadtbahn einzubeziehen. Sehr erwünscht ist aber später eine Verbindung mit den kommenden Kraftheizwerken, die an der Magistral- oder anderen Interessengemeinschaften angelegt werden. Die Stadt würde in einzelne Wärmebezirke zerfallen, die sich nötigenfalls gegenseitig mit Heizwärme oder elektrischem Strom ausstatten. Wenn bei immer größer werdenden Kraftheizwerken die Frage der Abgabe des elektrischen Stroms in die öffentlichen Netze gelöst ist, dann ist die Fernheizung von Wohnungen keine Zukunftsmusik mehr. Sie wird sich genau so wie die Wasser-, Gas- und Stromversorgung aus seinen Anfängen so weit entwickeln, daß der Hausbesitzer das heute als notwendig geltende Hebel des Kohlen- und Ascheschleppens mit der Staub- und Rauchbildung und der Feuergefahr ganz vergessen wird. Man wird den Wärmebedarf genau so wie den Strom-, Gas- und Wasserbedarf an der städtischen Uhr ablesen lassen und danach bezahlen. In Hamburg ist ein solches Fernheizwerk schon in großem Umfang entstanden. Es gilt in Berlin Veräümltes nachzuholen, um das unterirdische Leitungssystem der neuzeitlichen Großstadt zu einem vollkommenen Rosten- und Abfallsystem auszubauen.

„Volks-Oper“?

Man schreibt uns: Zu fürmischen Auftritten kam es am Dienstag bei Beginn der Abendvorstellung im Theater des Westens. Etwa 150 Personen, Teilnehmer an den von der G.D. veranstalteten Opern-Festlichkeiten, fanden keinen Einlaß. Die Direktion hatte die für diese Besucher vorgesehene Anzahl Plätze verkauft, ohne die Teilnehmer vorher von der Vorstellungsverlegung zu benachrichtigen. Da dieselben zum Teil einen stundenlangen Weg zurückgelegt hatten, andere bereits schon einmal unvertretliche Dinge hatten umkehren müssen (und das wird einem in der G.D. öfter zugemutet), so bemühten sich die Benachteiligten eine starke Erregung. Sie verlangten dauernd den verantwortlichen Geschäftsführer zu sprechen, und ein Teil drang, als sich die Direktion jortgesetzt nicht blicken ließ, in den Vorführungsraum ein. Jetzt endlich tauchten zwei Herren auf, die — nach der Schupo landten und das Theater räumen ließen, so daß die Aufführung mit halbstündiger Verspätung beginnen konnte. Dann suchte einer der Herren mit einigen unangebrachten Witten und Abwägung der Verantwortung auf „untergeordnete Stellen“ über die für die G.D. peinliche Situation hinwegzukommen und die Hebriggebliebenen durch Vorzugskarten zu beschwichtigen. Es drängt sich einem bei solchem Erlebnis die Frage auf, wo denn die in der Firma geführte „Gemeinnützigkeit“ zu suchen sei? Die Aktionäre der Oper stammen zum Teil aus recht wenig bemittelten Kreisen, und für diese waren die „unpopulär“ hohen Stammispreise schon eine starke Entlastung. Die Opern-Festlichkeiten kommen sich aber geradezu als Pöbelbühnen vor, die an schlechten Kostentagen dazu dienen, das Theater zu füllen. An Tagen aber, an denen man eines vollen Hauses sicher ist, schickt man sie einfach heim. Es muß gesagt werden, daß sich die ehemals starke Sympathie ihrer kleinen Aktionäre und Festen-Abonnenten infolge dieser Geschäftsgebarung in eben so große Abneigung verwandelt hat, und man ist über diese Anwendung des Begriffes „Gemeinnützigkeit“ empört.

Das künstliche Gedränge.

Ein raffiniertes Trick von Briefkastendiebern.

Von einer unglaublichen Frechheit und Offenheit zeugte das Vorgehen dreier Ausländer und internationaler Gauner, nämlich des Rüstlers Falk Lewis aus Wittenberg, des Kaufmanns Leo Persper aus Rumänien und des Schauspielers Andre Kuczewski aus Jeno Ewoffi die sich vor dem Großen Schöffengericht Mitte wegen Bandendiebstahls in vier Fällen zu verurteilen hatten. Die Arrangierung dieser vier Fälle ist für das Publikum äußerst lehrreich.

Der erste Fall betraf einen Getreidehändler aus der Provinz. Er hatte bei der Reichsbank den Scheck eines Kunden eingelöst, das Geld zu anderen Beträgen in eine Seitentasche gesteckt und die Hand darübergelegt. Da keine Braut an der Untergrundbahn am Spittelmarkt auf ihn wartete sei er dorthin gelaufen. An der Umkleekabine der Leipziger Straße sei beim Aussteigen eine Stodung eingetreten, obwohl nur wenige Leute im Wagen waren. Drei Leute hätten vor dem Eingang gestanden und wollten nicht Platz machen, so daß er einen Augenblick die Hand von der Tasche wegnahm und den einen der Männer beiseite schob. Er sah dann noch, wie dieser Mann, in dem er den Angeklagten Persper wiedererkennt, ebenfalls ausstieg und zum Ausgang humpelte, als ob er schwer gehen könne. Erst auf der Straße merkte der Getreidehändler, daß sein Geld weg war. — Ein Wertmeister, der auf der Reichsbank annähernd 1600 M. abgehoben hatte, war in die Straßenbahn gestiegen. Zwei Männer drängten sich an ihn heran. Als er aussteigen wollte, hatte er noch die Brieftasche im Besitz. Im Ausgange kam er aber in ein Gedränge, das offenbar künstlich erzeugt war und gleich danach sah er zu seinem Entsetzen, daß seine Brieftasche verschwunden war. — Durch denselben Trick des künstlichen Gedränges wurde auf der Untergrundbahn ein Kassenbote um 5000 M. gebracht. Als er den Untergrundbahnzug verlassen wollte, sah er vor ihm stehender Mann plötzlich oben an die Stange und drängte sich zurück, während von hinten gegengestochen wurde. Auf dem Bahnsteig sah er dann das Geld. Nahezu an Raub grenzte der vierte Fall, der sich im Seltener D-Zug ereignete. Ein Architekt hatte mit seiner Frau ein Abteil dritter Klasse betreten. Kurz vor Abgang des Zuges tauchten drei Männer auf. Der eine blieb auf dem Gange, der zweite trat in das Abteil hinein und griff sofort nach dem Handgepäck des Reisenden. Dieser stand auf und es entstand ein Handgemenge, wobei der dritte Mann, der in der Tür stand, dicht an den Architekten herantrat. Der ganze Vorgang spielte sich in wenigen Sekunden ab. Ohne ein Wort zu sagen, verließen dann die Eindringlinge den Wagen. Rummelt erst merkte der Architekt das Fehlen der Brieftasche. Mit Hilfe des Zugpersonals wurde der ganze D-Zug abgejagt. Mitreisende hatten aber gesehen, daß drei

Am 7. d. M. entließ nach langem schwerem Leiden im Alter von 82 Jahren mein lieber Mann, unser guter Vater, der Halbwirt

August Wilmers
Bismarckstr. 58
Im Rahmen der Hinterbliebenen
Dorothea Wilmers.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Nov., nachm. 5 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Landparzellen
Spittelpl. Borort Falkensee b. Spandau, 10 Min. vom Bahnhof in herrlicher Lage, o. allem Douerwald umgeben, guter Boden, zum Teil m. Wischwald bestanden, geringe Anschaffungen, langjährige Rotenashlungen
Buchholz, NO 18, Anspittelstr. 19.

Metallbetten
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Sehl Thdr.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
Montag, den 3. November, nachmittags 5 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“ (großer Saal), Sophienstraße 17. 18:
Generalversammlung.

Krause-Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1, 10a Karlsruherstraße
Staueripenden
jeder Art liefert preiswert
Paul Gollets,
vormals Robert New,
Mariannenstr. 3,
Kant. Reichth. 16808

Willst Möbel Du jetzt billig kaufen, Mußt Du schnell zu **Möbel-Gross** laufen!

Wegen Räumung meiner Läger
Invalidenstr. 5 Eingang Ackerstr.
verkaufe zu jedem annehmbaren Preise auch auf Teilzahlung

Möbel jeder Art
— Verkaufsschluss am 5. November —
daher Eile geboten!
Möbel-Gross

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Geldmetallindustrie!**
Gente, Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 Uhr, im Lokal von Redding, Wassertorstr. 11:
Sitzung
der Deutschnationalenkommissionsmitglieder.

Achtung! Verwaltungsmittglieder!
Freitag, den 31. Oktober, abends pünktlich 7 Uhr:
Sitzung
der mittleren Ortsverwaltung.
Die Sitzung wird pünktlich eröffnet. Die Auszahlung der Liquidation findet vor der Sitzung statt.
Die Ortsverwaltung.

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75

Servus
Schnuputz mit Terpentin
es gibt nichts besseres als ihm
Chem. Werke Lubanski & Co. A.-G., Berlin-Lichtenberg

Henko
Henkel's Walch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!
Mitherverwendung von **Henko** bei der Wäsche verbilligt das Waschen.
Vorzügliches Einweichmittel

Das Ziel des Bürgerblocks.

Klassenherrschaft der Inflationsieger.

In der Zeit der Geldentwertung hat sich das Verhältnis der Klassen zueinander verschoben. Geldentwertung durch Inflation bedeutete wohl Verarmung Deutschlands, aber nicht Verarmung aller Deutschen. Es ist den Arbeitern, den Angestellten, dem Mittelstand schlecht genug gegangen in der Inflationszeit. Es gibt aber auch Sieger der Inflation! Das sind nicht nur die Spekulanten und Schieber — bei denen es übrigens meistens heißt: wie gewonnen, so zerronnen. Das sind vor allem die Großindustriellen in Deutschland. Was die Arbeiterklasse und die Klasse des Mittelstandes verlor, hat die Klasse der Großunternehmer gewonnen. Nachdem die Zeit der Stabilität ein Jahr angehalten hat, werden die Klassenverhältnisse wieder durchsichtig. Auch der oberflächliche Beobachter erkennt, was eigentlich geschehen ist.

Der Ruf nach der Aufwertung ist die erste Reaktion auf die in der Zeit der Inflation eingetretene Verschärfung der Klassenverhältnisse. Er ist nicht nur ein Hilferuf der wirtschaftlich Bedrängten, sondern er entspringt dem Gerechtigkeitsgefühl, der Empörung des verletzten Rechtsgefühls über die brutale Niederdrückung und Ausplünderung ganzer Klassen zugunsten der Siegerklasse der Inflation. Er ist — vom Mittelstand aus gesehen — der Ruf nach Freiheit gegenüber der Abhängigkeit, in die der Mittelstand von der Siegerklasse der Inflation geraten ist.

Die Ueberzeugung, daß das soziale Ergebnis der Inflationszeit nicht geduldig als unabänderlich hingenommen werden kann, bricht sich eben in allen Klassen Bahn, die durch den Aufstieg des Großunternehmertums in wirtschaftliche Bedrängnis und Abhängigkeit geraten sind. Wenn der geschädigte Mittelstand nach Aufwertung, nach Wiedereinführung in den vorigen Stand ruft, so ist das grundsätzlich das gleiche, wie wenn die Arbeiterklasse, die unter der Inflation gelitten hat, in ihren Lohnkämpfen und in ihrem politischen Kampf eine Lebenshaltung zu gewinnen sucht, die ihr ein kulturwürdiges Dasein gestattet. Es ist das gleiche Streben nach Freiheit gegen großkapitalistische Abhängigkeit, wenn der Mittelstand um freien Raum für Bildungs- und Kulturmöglichkeiten und unabhängige politische Betätigung ringt, und wenn die Arbeiterklasse gegen Verlängerung der Arbeitszeit und politische reaktionäre Treibereien ankämpft. Dies Ringen um Freiheit gegen die Siegerklasse der Inflation, gegen das Großunternehmertum, ist Klassenkampf.

Klassenkampf ist nichts, was durch Parteien und Agitatoren künstlich gemacht werden kann. Ohne Klassengegenstände kein Klassenkampf, ohne die Unterdrückung von Arbeiterkraft und Mittelstand durch das Großunternehmertum nicht das Sich-jur-Wehr-gegen Ausbeutung und Abhängigkeit. Die Siegerklasse der Inflation aber möchte, daß die in der Inflation ausgeplünderten Klassen den jetzigen sozialen Zustand als unabänderlich hinnehmen. Wenn die Bürgerblockler die Parole ausgeben: gegen den Klassenkampf, so meinen sie: für die Klassenherrschaft des Großunternehmertums, der Sieger der Inflation.

Das deutsche Großunternehmertum hat in der Inflationszeit wahre Orgien des Klassenkampfes gefeiert. Mit Betrug gegen den einzelnen und gegen den Staat, unter Ausnützung der Notlage von Volk und Staat hat es seine Klassenmacht gestärkt. Ueber Treu und Glauben, über alle Gebote der Ehrlichkeit, der Menschlichkeit, der Vaterlandsliebe hinweg hat es den Prozeß der Ausplünderung des Volkes und der Anjammung eigener Reichtumsmacht vollzogen. Das war die brutalliste, die niederträchtigste Form des Klassenkampfes, die möglich war. Der Klassenkampf der Großunternehmer ging auf Kosten des ganzen Volkes, der Arbeiter wie des Mittelstandes!

Die Ruhnießer dieses Klassenkampfes rufen nun: nieder mit dem Klassenkampf! Sie wollen ihre Machtstellung behaupten, das Inflationsunrecht verewigen, neues Unrecht hinzufügen. Sie wollen den Bürgerblock, um auch die Großagrarier zu stärken auf Kosten des Volkes.

Bürgerblock ist Klassenherrschaft, ist politische Form des Klassenkampfes von Großunternehmern und Großagrarierern gegen alle anderen Klassen des Volkes! Hinter dem Ruf: Nieder mit dem Klassenkampf! verbirgt sich der Wille der Sieger der Inflation zum Klassenkampf, die Forderung, daß die Ausgeplünderten und in Abhängigkeit Geratenen ihr Schicksal schweigend und ohne Abwehr hinnehmen sollen. Klassenherrschaft des Bürgerblocks heißt Verewigung des sozialen Unrechts.

Den Bürgerblocklern muß am 7. Dezember eine Niederlage bereitet werden — das ist der erste wirkliche Schritt zur Wiedergutmachung des Inflationsunrechts!

Die Stimmzettelumschläge für die Wahlen.

Es ist in Aussicht genommen, für die Abgabe der Stimmzettel zur Reichstags- und Landtagswahl nur einen Umschlag zu verwenden, und zwar den für die Reichstagswahlen ausgegebenen Umschlag, der außer dem Adlerstempel keinen weiteren Aufdruck trägt. Nach einer Verfügung des Preussischen Ministers des Innern sind in erster Linie die ungebrauchten und schon einmal gebrauchten Umschläge dieser Art mit dem neuen Adlerstempel zu verwenden; soweit diese nicht ausreichen, muß aus Sparamtsrücksichten auf die ungebrauchten und schon einmal benutzten Umschläge mit dem alten Adlerstempel zurückgegriffen werden. In jedem Wahlraum dürfen aber nur Umschläge gleicher Art benutzt werden. Die Verwendung der für Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Oberschlesien seinerzeit gelieferten gelben Umschläge mit dem neuen Adlerstempel und dem weiteren Aufdruck „Reichstagswahl“ kommt in diesen Provinzen für die bevorstehenden Wahlen nicht in Frage.



Der Sturz der Verdammten.

Gewerkschaften und Partei.

München, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Zeit der Kommunisten in den Münchener Gewerkschaften ist endgültig vorbei. Das zeigte sich ganz klar in einer außerordentlich stark besuchten Delegiertenversammlung, die sich in der Hauptsache mit den kommenden Wahlen befaßte. In der eingehenden Aussprache meldete sich nur ein einziger Kommunist zu Worte, der die übliche Moskauer Gramophonplatte ablaufen ließ und fast nur Heiterkeit ausstieß. Das Ergebnis der Aussprache war die Aufstellung folgender Richtlinien, die mit allen gegen 4 Stimmen angenommen wurden: Die Mitglieder der freien Gewerkschaften werden aufgefordert, in der Einzelaktion alles zu tun, um die Wahlsäumigen in Arbeiterkreisen aufzurufen und zur Wahlurne zu bringen. Die Zeitung selbst wurde ermächtigt, selbständig alle die Maßnahmen zu treffen, die im Interesse der Gesamtarbeiterschaft liegen. Dabei wurde insbesondere betont, daß als Vertreterin der Arbeiterkraft die Sozialdemokratische Partei in Frage kommen kann.

Der wahre Dolchstoß.

Geständnis des Freiherrn von Wangenheim.

Der Führer des Reichslandbundes, der Freiherr von Wangenheim-Klein-Spiegel, hat auf der Tagung des Reichslandwirtschaftsrates ein wertvolles Geständnis abgelegt. Er erklärte:

„Aber wer nur einigermaßen hinter die Kulissen sehen konnte, dem mußte es schon im Herbst 1914 klar sein, daß wir schon unmittelbar vor dem Zusammenbruch der Brotverjorgung standen.“

Schon damals wußten Wangenheim und Genossen, wie es ausseh. Sie haben trotzdem das wahnwitzige Anzessionsgeschrei erhoben. Sie haben durch das Hochtreiben der Lebensmittelpreise die Not des Volkes verschlimmert. Die Großagrarier sind die wahren Dolchstößer. Jetzt wollen sie durch Brotwucher und Hochschuhjoll einen neuen Dolchstoß gegen das deutsche Volk führen. Am 7. Dezember Abrechnung mit den großagrarischen Dolchstößern.

Abschied von Hergt.



Die Zeichner des „Vorwärts“: Exzellenz sehen uns fassungslos ob der Größe des Verlustes, den wir erleiden. Hergt: Nur Mut, meine Herren, ich empfehle Ihnen meinen Herrn Nachfolger.

Vom Untertan zum Staatsbürger.

Was jeder Wähler bedenken sollte.

Jeder Staat wehrt sich gegen gewalttätigen Umsturz. Die demokratische Republik hat bei solcher Abwehr auch noch das moralische Recht auf ihrer Seite, denn sie gibt jedem Staatsbürger das gleiche Recht zur Beeinflussung der Staatsleitung und wenn in einer demokratischen Republik die niedergehaltenen Bürgerschaften in stittlicher Entrüstung stehen, so ist das um so verlogener, als ihre Bestimmungsgenossen dort wo sie die Macht haben — die Faschisten in Italien und die Kommunisten in Rußland — selbst die friedliche Betätigung einer oppositionellen Meinung, geschweige denn die Werbung dafür, mit dem schändlichsten Terror unterdrücken.

Dies sei grundsätzlich vorausgeschickt und nun betrachten wir einmal den Fall Preußen-Deutschland.

Staatsrechtlich gab es schon in der Monarchie keine Untertanen mehr. Allein die preußisch-deutsche Monarchie und besonders ihr letzter Kronenträger liebten es, ihr Gottesgnadentum zu betonen; als Instrument des Himmels sich betrachtend, so sagte Wilhelm II. in einer seiner klassischen Reden, gehe er seinen Weg. Und mag dieser Weg auch das von ihm so herrlichen Zeiten entgegengeführte Volk über die Warneschlocht und unter den Siegfriedern à la Claf, Hergt, Ludendorff, Tirpitz nach Versailles und SH selbst nach Doorn gebracht haben — es gab doch genug Deutsche, die sich trotz aller Fußtritte als allerhöchste Untertanen fühlten und es gibt ihrer heute noch eine erkleckliche Anzahl, die bereit sind, wieder eine solche Militär- und Junkermonarchie auf sich zu nehmen. Dieser Knechtstum hat das lange Bestehen einer Staatsform ermöglicht, die die ganze Welt leider nicht nur durch ihre „majestätischen“ Kinderstücken ergötze, sondern sie auch durch ihre Ueberheblichkeiten beunruhigte und sie schließlich durch die Verachtung der Neutralität Belgiens — das einzige fast, was von dem Schlieffenschen Feldzugsplan übrig geblieben war, ohne daß man was Besseres an seine Stelle hätte setzen können — im Haß gegen das kaiserliche Deutschland einigte, den dann das deutsche Volk auszubaden hatte. Damit ist es aber nach der Meinung unserer Monarchisten noch nicht genug; sie wollen Kaiser, Wehrpflicht und Revandekrieg. Um in die Reichsregierung hineinzukommen, haben sich die Monarchisten bereit erklärt, Erfüllungspolitik zu treiben, um so nach und nach ihren Monarchen mit dem Junkerregiment dahinter durchsehen zu können. Fürs erste würde also das deutsche Volk neben den Reparationen auch noch Zivilisten für die p. t. Monarchen und Dynastien zu zahlen haben, mit der Aussicht auf die baldige Wiedertehr jener politischen und sozialen Unterdrückung, deren sinnfälligster Ausdruck das erst am 9. November 1918 beseitigte Dreiklassenwahlrecht gewesen ist. Die Ernennung des eifrigsten Verteidigers dieser deutschen Nationalform, des heiligen Winkler zum Vorsitzenden der „Deutschnationalen Volkspartei“ zeigt deutlicher als alles, wohin ihr Kurs geht.

Erst die Republik hat die Deutschen auch tatsächlich zu Staatsbürgern gemacht, indem sie ihnen offen, auch den Frauen, auch den Jugendlichen vom 20. Jahr an, das gleiche Recht gab, die Führung der Reichs- und Staatsgeschäfte durch die Volksvertretungen, bei denen alle Macht liegt, zu beeinflussen. Schon dieser gewaltige Rechtszuwachs, den die Republik jedem einzelnen gebracht hat, sollte es bei einem reifen Volk unbedenkbar machen, daß sich nennenswerte Teile von ihm nach dem Untertanenverhältnis zu einer Monarchie zurückziehen könnten.

Indessen scheint tatsächlich die Untertänigkeit vielen Deutschen noch nicht so bewußt geworden zu sein, daß sie sich ihrer mit hörbarem Aufschrei entäußern. Die einen erstreben — wenn selbst nicht die Monarchie — so doch den Militarismus, der ja auf der slavischen Untertänigkeit gegenüber dem Vorsehenden, und wäre es der sadistischste oder schurkischste Menschenschinder, aufgebaut ist. Die anderen sind auch in durchaus unreligiösen Dingen untertänig der Kirche und schließlich sehen wir, als neuere Erscheinung, die Untertänigkeit allerhand Deutscher gegenüber den Moskauer Terrorherrschaften, von denen sie sich in aussichtslose Wünsche hineinbegeben und von denen sie sich ihre Führer ernennen und abfehen lassen.

So betrachtet und dazu noch die Untertänigkeit bedauernswerter Volksgenossen gegenüber dem Geldsack mit der Aufschrift „Volkspartei“ genommen, sehen wir, daß über die Monarchisten hinaus selbst die meisten deutschen Parteien, die jetzt um die Wählerstimmen werben, an irgendeinem Untertänigkeitsverhältnis festhalten, auf ihm aufgebaut sind, aus ihm zu profitieren hoffen oder wirklich aus ihm Nutzen ziehen.

Des gleichberechtigten republikanischen Staatsbürgers ist jedes Untertänigkeitsverhältnis unwürdig. Will er den Volksstaat vorwärts bringen, ihm die Kraft geben, damit er die monarchistisch-reaktionären Verwaltungs- und Justizschlacken aus seinem Blutkreislauf abzustößen vermag, so muß er sich von all den Untertänigkeitsparteien lossagen. Und dann bleibt ihm kaum noch eine Wahl, dann kann er nur für die Partei der Einheit stimmen, für die Sozialdemokratie.

Wir müssen sie gewinnen!

Werbt unter den Wahlmüden!

Verfall der nationalsozialistischen Demagogie, Wieder-auffstieg der sozialistischen Bewegung: das ist das allgemeine Kennzeichen der in der jüngsten Zeit vorgenommenen Einzelwahlen. Unzweifelhaft vollzieht sich im öffentlichen Leben Deutschlands ein Gesundungsprozeß, der seine deutlichsten Auswirkungen in dem totalstrophalen Rückgang der kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmen und in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zeigt. Neben dieser erfreulichen Entwicklung läuft aber ein bedenklicher Vorgang einher, nämlich eine gewisse Wahlmüdigkeit, besonders in Arbeiterkreisen.

Die kommunistische Presse meint, daß der Rückgang der Wahlbeteiligung vor allem die SPD. treffe und daß der Ausfall der kommunistischen Stimmen auf die Enttäufung breiter Schichten der Arbeiterschaft über das Parlament zurückzuführen sei. Das ist falsch. Ein großer Teil der bisher kommunistischen Arbeiter ist nicht parlamentsmüde, er ist nur müde der Parlamentsthrone der Scholien und Ruth Fischer, er ist müde der Kinderkompetenzkonzerte und Prügelreden der kommunistischen Abgeordneten.

Richtig ist nur das eine, daß von der Wahlmüdigkeit zunächst nur jene Schichten befallen werden, die bisher kommunistisch oder völkisch gewählt haben. Die Arbeiter fallen von der kommunistischen Partei ab, weil sie sich betrogen und belogen fühlen und von der Ausichtslosigkeit der kommunistischen Bewegung überzeugt sind. Nunmehr drohen sie aber in einen neuen Fehler zu verfallen. Sie entsagen jeder politischen Tätigkeit und versinken in dem Sumpf des Indifferentismus. Das muß verhindert werden! Der Sozialdemokratischen Partei erwächst jetzt die außerordentlich wichtige Aufgabe, diese Arbeiter zurückzugewinnen, sie wieder einzurufen in das große Heer des sozialistisch geschulten Proletariats.

Wirtschaft

Der russische Staatshaushalt.

Auf der gegenwärtig in Moskau stattfindenden Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion hat der Finanzkommissar Sololow über den Etatanschlag für das Wirtschaftsjahr 1924/25 (das am 1. Oktober begonnen hat) Bericht erstattet. Danach beläuft sich der Ausgabenetat der Sowjetunion auf 2091 Millionen Rubel, was gegenüber dem Vorjahre eine Erhöhung von 10 Proz. bedeutet. Von den Ausgaben entfallen 1880 Millionen auf den ordentlichen und 211 Millionen auf den außerordentlichen Etat. Der Einnahmetat besteht aus folgenden Posten: ordentliche Einnahmen 1881 Millionen, Emission von Silber- und Kupfermünzen 80 Millionen, Realisierung von Staatseigentum 10 Millionen, Anleihen 120 Millionen, mit denen man das bestehende Defizit zu decken beabsichtigt.

Der Etatentwurf ist zum ersten Male in fester Währung aufgestellt und rechtzeitig zu Beginn des Wirtschaftsjahres eingebracht worden. Der wesentlichste Mangel des Entwurfs besteht darin, daß er lediglich summarische Angaben enthält und, zum Unterschiede von den Etats in allen demokratischen Ländern, keine detaillierten Angaben enthält, die den breiten Massen der Bevölkerung die Möglichkeit geben könnten, festzustellen, wie die Regierung ihre Wirtschaftspolitik zu führen gedenkt. Dies wäre um so notwendiger gewesen, als in Sowjetrußland außer dem Etat der Sowjetunion noch die Etats der einzelnen Sowjetrepubliken und der örtlichen Sowjets vorhanden sind, deren gegenseitige Beziehungen noch keineswegs geregelt sind. Es ist ferner von Interesse, daß im Gegensatz zu allen Kulturländern und selbst zur Praxis der letzten Periode des zaristischen Rußlands der Etatentwurf der Sowjetregierung lediglich vom kommunistischen Zentralkomitee erdort und bestätigt worden ist.

Schon eine oberflächliche Betrachtung des Etats ist geeignet, das größte Befremden zu wecken. In einem Lande, wo die Kommunisten die Herrschaft in der Hand haben, bilden die indirekten Steuern, die in einer Höhe von 376 Millionen veranschlagt sind, 43,5 Proz., also fast die Hälfte aller Einnahmen. Dabei ist zur Genüge bekannt, daß die indirekten Steuern am schwersten die arbeitenden Bevölkerungsklassen belasten. Unter den direkten Steuern, die insgesamt 414 Millionen betragen, steht die landwirtschaftliche Steuer, die von den Bauernmassen getragen wird, mit 230 Millionen an erster Stelle. Kann unter diesen Umständen erwartet werden, daß die Bauernschaft der Politik der Sowjetregierung Sympathie entgegenbringt? Und wie kommt es, daß ein Staat, der über die gesamte Industrie, die Banken, den Großhandel, die Bergwerke, Forsten und Ländereien verfügt, nach dem Etatentwurf noch ein Defizit von der gesamten Staatswirtschaft rechnet? Weist das nicht deutlich darauf hin, daß in dem System der Verwaltung Rußlands, das sich jetzt seit sieben Jahren in den Händen der Kommunisten befindet, ein grundlegender Fehler enthalten ist?

Beachtenswert ist ferner die ungeheure Summe der militärischen Ausgaben, die sich auf 378 Millionen beläuft. Charakteristischweise fehlen im Etat die Angaben über die Ausgaben für die politische Staatsverwaltung (Ascheta) sowie für die kommunistische Partei und für die kommunistische Internationale. Diese ungeheuren Ausgaben, die von der russischen Bevölkerung zu tragen sind, werden entweder aus anderen verborgenen Quellen gedeckt oder sind unter anderen Ausgabenposten im Etat versteckt.

Ein eingehende Prüfung des Etats und sein Vergleich mit den Angaben über die Durchführung der vorhergehenden Etats zwingen zu der Annahme, daß er nur einen sehr geringen realen Wert besitzt und lediglich demonstrative Ziele verfolgt. Wir wollen hier nur auf die wichtigsten Punkte hinweisen.

Nach dem Etatanschlag wird erwartet, daß die landwirtschaftliche Steuer 250 Millionen für den Bundesetat und 90 Millionen für die örtlichen Etats, d. h. insgesamt 340 Millionen Rubel erbringen wird. Es ist jedoch anzunehmen, daß dieser Betrag nicht aufgebracht werden kann, da schon in den beiden letzten Jahren, die gute Ernten aufwiesen, bei der Aufbringung dieser Steuer Fehlbeträge von 100 bis 150 Millionen zu verzeichnen waren und da in diesem Jahre selbst nach sonnenreichen Angaben über 8 Millionen Bauern hungern und etwa 15 Millionen vom Staate unterstützt werden müssen.

Am letzten Wirtschaftsjahre (1923/24) hat die Gewerbesteuer, die 36 Millionen erbrachte, nach der einmütigen Feststellung von 40 Gouvernementsfinanzabteilungen die Grenzen des Möglichen erreicht (s. „Bestnik Finanzow“ Nr. 49). Dennoch hofft die Sowjetregierung, in diesem Jahre aus dieser Steuer 66 Millionen, d. h. fast das Doppelte herauszuholen!

Im letzten Jahre waren an Einnahmen aus indirekten Steuern 169,5 Millionen vorgesehen; am Jahreschluß erwies sich jedoch, daß die Fehlbeträge sich bei den Fiskaleinnahmen auf 45,5 Proz. und bei den Zolleinzahlungen auf 23 Proz. beliefen. Die übliche Methode der Einziehung der Fehlbeträge, meistbietender Verkauf, ist in Rußland nicht anwendbar, da 92,7 Proz. der Schuldner — staatliche Körperschaften sind! („Ekon. Schizn“ Nr. 282.) Kann unter diesen Umständen ernstlich angenommen werden, daß die Einnahmen aus indirekten Steuern im kommenden Wirtschaftsjahre 376 Millionen

oder fast das Vierfache der wirklichen Einnahmen im Vorjahre betragen werden?

Besonders erschauulich jedoch sind die im Etat angeführten Zahlen über die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen und der Industrie. Die gesamte Hochpresse Sowjetrußlands war in den letzten Monaten angefüllt mit Mitteilungen über die schwere finanzielle Lage der Eisenbahnen. Der Staat mußte ihnen Unterstützungen in Höhe von 40,5 Millionen Rubel gewähren. Im Etat jedoch sind die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnen ohne Fehlbetrag belanziert. Dabei ist zwei Tage vor der Veröffentlichung des Etats in der amtlichen Presse festgelegt worden, daß nach Ansicht des Kollegiums des Verkehrsministeriums bei der Anspannung aller Kräfte die Einnahmen der Eisenbahnen 708 Millionen (statt der im Etat vorgesehenen 780 Millionen) betragen werden, während die Ausgaben, selbst wenn nur die notwendigsten Bedürfnisse gedeckt werden, sich auf 794 Millionen belaufen werden. Auch hier stellt also eine Lücke von mehr als 80 Millionen Rubel, die durch staatliche Zuschüsse ausgefüllt werden muß. („Ekon. Schizn“ vom 17. Oktober.)

Nach dem Etatentwurf soll die staatliche Industrie im kommenden Wirtschaftsjahre vom Staate 59 Millionen erhalten, von denen sie aus ihren Einnahmen 50 Millionen zurückerhalten soll. Es ist also in diesem Jahre nur ein staatlicher Zuschuß von 9 Millionen Rubel vorgesehen. Hat diese Ziffer realen Wert? Aufschluß darüber gibt die Regierung dieser Frage im letzten Jahr. Nach dem letzten Etat war ein staatlicher Zuschuß an die Industrie in Höhe von 65 Millionen und ein Bankkredit von 40 Millionen vorgesehen. In Wirklichkeit jedoch erhielt die Industrie aus Staatmitteln 90 Millionen und in Form von Krediten 240 Millionen („Zorg. Prom. Gaseta“ Nr. 223). Dabei ist in der sowjetischen Presse in zahlreichen Artikeln festgestellt worden, daß unstrukturierte Bankkredite im Grunde genommen nichts anderes sind als verhängte staatliche Zuschüsse. Die Angaben über die Verschuldung der Industrie bei den Banken sprechen darüber eine berechtigte Sprache. So belief sich die Schuldsumme am 1. Oktober 1923 auf 143 Millionen, am 1. Oktober 1924 jedoch auf 400 Millionen!

Ingenötigt der staatlichen Unterstützung, die sich im vorigen Jahre auf 330 Millionen belief, ist die finanzielle Lage fast aller Industriezweige so schlecht, daß sie in einer Reihe von Denkschriften, die in den letzten Wochen eingereicht wurden, um die Erhöhung der staatlichen Zuschüsse und Kredite bitten. So verlangt die Metallindustrie einen Zuschuß von 42 Millionen und einen Kredit von 100 Millionen, die Textilindustrie entsprechend 35 und 13 Millionen, die Lederindustrie 84 Millionen, die Zuckerindustrie 15 Millionen usw. Fast man die Summen für das vorige Jahr zusammen, so erweist es sich, daß die nicht rückzahlbaren Zuschüsse an die Industrie sechs- bis siebenmal höher waren, als im Etat vorgesehen war. Nichts deutet darauf hin, daß in dem begonnenen Wirtschaftsjahre günstigere Aussichten vorhanden sind. Schon diese Tatsache unterstreicht zur Genüge, daß die entsprechenden Zahlen im Etatentwurf absolut keinen realen Wert besitzen.

Obwohl der russische Staatsetat im allgemeinen bloß ein Defizit von 120 Millionen aufweist, zwingen die gemachten Darlegungen zu der Annahme, daß der wirkliche Fehlbetrag im neuen Wirtschaftsjahre

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengrütze, lose ..	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt ..	100,00—120,00
Haferflocken, lose ..	21,00—22,00	Teig, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Hafergrütze, lose ..	23,50—22,50	Teig, indischer, gepackt ..	40,00—470,00
Roggenmehl 4/1	17,50—19,50	Inlandszucker basis mei.	31,25—33,00
Weizenmehl	20,00—23,00	Inlandszucker Raffinade	—
Hartweizen	24,75—26,01	Zucker Würfel	39,00—45,00
10% Weizenmehl	17,50—19,50	Kunsthonig	39,00—42,00
Weizen-Auszugmehl ..	19,75—26,50	Zuckersirup hell in Elm	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,00—24,00	Speiseerup dunkl. in Elm	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine ..	16,00—18,00	Marmelade Einfr. Erdb.	90,00—95,00
Bohnen, weiße, I.eri ..	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—
Langbohnen, handverles.	28,00—32,00	Pflaumenmus in Eisern	43,00—45,00
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—37,50	—	3,70—4,20
Linsen, große	37,50—41,00	Siedesalz in Säcken ..	4,40—5,60
Kartoffelmehl	17,75—19,50	—	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces	95,00—97,00
Makkaronimehl	38,00—39,00	Bratenschmalz in Kübeln	97,00—97,50
Schnittmehl, lose	2,00—23,00	Purelard in Tierces ..	91,00—91,50
Bruchreis	17,50—18,01	Purelard in Kisten ..	90,50—91,50
Rangjoo Reis	19,00—20,00	Speisetalg in Packung ..	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna	24,25—42,00	Speisetalg in Kübeln ..	—
Tafelreis, Java	32,75—39,75	Margarine, Handelsm. I	66,00—
Ringapfel, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	43,00—43,50	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	54,00—61,50	desgl. II	69,00—71,00
Cal. Pflaumen 40/50	60,00—65,00	Molkerbutter Ia I. Pack. 220/20	220,00—220,00
Rosinen in Kisten, Candis	73,00—78,00	Molkerbutter Ia I. Pack. 230/20	230,00—230,00
Sultaninen Carabum	73,00—92,00	Molkerbutter Ia I. Pass. 190/20	190,00—210,00
Korinthinen, choice	70,00—75,00	Molkerbutter I. Pack. 190/20	190,00—210,00
Mandeln, süße Bari	—	Austlandbutter in Fassern 235/20	235,00—24,00
Mandeln, bittere Bari ..	—	Corned beef 12 1/2 lbs p. K.	40,00—42,00
Zimt (Cassia)	106,00—115,00	Austl. Speck, geräuchert 108/00	108,00—120,00
Kümmel, holländischer ..	55,00—65,00	Quadratkäse	50,00—65,00
Schwarzer Pfeffer Singap.	120,00—125,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	120,00—130,00
Weißer Pfeffer	165,00—170,00	Bayr. Emmenthaier	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	200,00—223,00	Echter Emmenthaier	175,00—185,00
Rohkaffee Zentralamerika	240,00—345,00	Austl. ungezuck. Condens-	—
Rohkaffee Brasil	200,00—300,00	milch 48/16	21,00—23,50
Rohkaffee Zentralam.	330,00—390,00	italienische desgl. 48/12	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—21,00	ital. gez. Condensm. 48/14	25,00—26,00

chaftsjahr, ebenso wie im Vorjahre, weit höher sein wird, als im Etat vorgesehen ist.

Wie glaubt nun die Sowjetregierung das Defizit zu decken? Will man den amtlichen Erklärungen Glauben schenken, so soll dies nur mit Hilfe innerer Anleihen geschehen. Wie sieht es aber in der Praxis aus? Schon im letzten Jahre mußte man die inneren Anleihen, auch für kleinere Beträge, z wangsweise unterbringen, und zwar die Prämienanleihe bei der Eintreibung der Steuern und die Goldanleihe bei der Auszahlung der Löhne und Gehälter an die Arbeiter und Angestellten. Aber selbst unter diesen Bedingungen erbrachten die Anleihen nur 60 Proz. der erwarteten Beträge (siehe Bericht der Finanzverwaltung vom 1. Oktober 1924). Diese Tatsachen wecken den lebhaftesten Zweifel, daß das gesamte Defizit nur mit Hilfe der inneren Anleihen gedeckt werden könnte. Neue Notenausgaben sind unvermeidlich, wenn auch nur in der verhängten Form, die im letzten Jahre geübt wurde (Bankemissionen in Höhe von 400 Millionen Rubel). Der Unterschied ist bloß der, daß weitere Emissionen eine Inflation herbeiführen drohen, da der Geldmarkt nach Ansicht der Kommunisten selbst bereits überfüllt ist. Die stolzen Erklärungen Sololows sind in dieser Beziehung wenig überzeugend, da auch der Etat von 1922 von der Erklärung begleitet wurde, daß er dem kapitalistischen Europa beweisen müsse, daß die Sowjetregierung ihre Wirtschaft besser führt, als ihre bürgerlichen Nachbarn. Drei Monate später jedoch mußte dieser Etat zurückgezogen und durch einen anderen ersetzt werden, der ein weit größeres Defizit aufwies.

Warten wir ab, wie es dem diesjährigen Etat der Sowjetregierung ergehen wird.

Regierung für den deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Das Reichskabinett befugte sich in seiner gestrigen Sitzung mit den Bevollmächtigten der Weinbauinteressenten über den deutsch-spanischen Handelsvertrag. Bei aller Würdigung der Notlage der deutschen Winzer verwarf das Kabinett aus allgemeinen politischen Gründen doch am Standpunkt, daß der deutsch-spanische Handelsvertrag, der von den beteiligten Regierungen bekanntlich angenommen ist, den gesetzgebenden Körperschaften zur Ratifizierung vorgelegt werden muß.

Sowjetkapitalismus.

Die Verhandlungen, die der amerikanische Harriman-Konzern über die monopolistische Ausbeutung der weltberühmten Manganerzorkommen in Georgien mit der Sowjetregierung führt, haben besonders in Deutschland berechtigtes Aufsehen erregt, da die deutsche Industrie vor und nach dem Kriege an den georgianischen Manganerzorten stark beteiligt war. Der Direktor der Deutschen Bank Dr. Bann und der Direktor des Rautschischen Grubenvereins Behrendt sind in dieser Angelegenheit kürzlich nach Moskau gereist. Der Ost-Expres ist in der Lage, über die Verhandlungen aus russischer Quelle folgende Mitteilungen zu bringen:

Die Manganerzorkommen befinden sich vor der russischen Revolution in Privatbesitz und sind von der menschenwürdigen Regierung in Georgien durch ein besonderes Dekret nationalisiert worden. Zur Durchführung des Dekrets kam die menschenwürdige Regierung nicht mehr. Die Sowjetregierung, die an ihre Stelle trat, hat die Nationalisierung der Bodenschätze bestätigt. Später wurden mit einigen der ehemaligen Besitzer (Wessenskirchner Bergwerks-A.-G., Rautschischer Grubenverein u. a.) Verträge über die Ausbeutung von Manganerzorkommen abgeschlossen. Die größte Gesellschaft, die zum Stinneskonzern gehörige Wessenskirchner Bergwerks-A.-G., führte jedoch nach der russischen Revolution den Vertrag nicht aus, unterließ die Gewinnung der Erze und kaufte diese bei Privatpersonen, die das Erz durch Raubbau gewonnen. Unter Ausnutzung des Umstandes, daß die Sowjetregierung ihren Behördenapparat in Georgien noch nicht fest organisiert hatte, wurden die Erze nach dem Auslande abgefleht.

Im Jahre 1921 wurde für den Verkauf der Manganerze die

Edelster Deutscher Weinbrand

Scharlachberg

Meisterbrand

Weinbrennerei Scharlachberg A.-G., Bingen am Rhein
Filialbureau Berlin: Berlin W. 57, Kurfürstenstraße 28.

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Herrn-Ulster , mod. verarb., mit Rückenfalt u. Gurt, in viel Stoffart, Must. u. Farben 70.— 65.— 58.—	45.—	Herrn-Gummimäntel , aus Nessel, Körper, Covercoat, Double u. Grätenstoffen mit bester Gummierung je nach Qualität und Art 33.— 28.— 25.— 21.—	16.— ⁵⁰	Outway u. Westen , a. marango und schwarzem Cheviot, Preis je nach Qualität 65.— 55.— 48.—	36.—	Jünglings-Sportanzüge mit Brecheshose, in vielen Qualitäten und Mustern von	21.—
Herrn-Paletots , ein- und zweireihig, aus marango Cheviot und schwarz u. grau Eskimo m. Samtkragen, je nach Qualität und Art 60.— 70.— 65.—	58.—	Lodenmäntel f. Damen u. Herren aus imprägniertem Strichloden in grau, grün u. braun 43.— 35.— 30.— 27.— 24.—	21.—	Damen-Lederjoppen , fische Wiener Fass, a. gut braun Leder v. Fahr- od. Automäntel, elegante Formen aus braun Nappaleder von Sportsize, braunmellierte Stoff- bezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen	205.—	Anzüge aus gewirnt. Cottbuser Cheviot eisenf. Qual., I. Streif.- u. Karomust.	30.—
Herrn-Schlüpfer aus Fischgrät- und Diagonalstoffen, in guter haltbarer Qualität 72.— 65.— 58.—	45.—	Winterlodenjoppen i. Interimsform aus gutem Lodenstoff, warm gefüttert von	17.—	Fahr- od. Automäntel , elegante Formen aus braun Nappaleder von Sportsize, braunmellierte Stoff- bezüge mit Kaninfütterung und Schalkragen	95.—	Gr. 7—9, Sportform	33.—
Gabardine-Winter-Ulster neueste Mode, Ersatz für Maß, Verarbeitung teilweise in Biedermelerform, teilweise in Sportform mit 4 aufgesetzten Taschen und herumgehendem Gurt . 95.— 90.—	85.—	Winterlodenjoppen in Sportform mit Vorder- u. Rückenalten u. herumgeh. Gurt aus Stoffen verschiedener Art und Qualität von	22.—	Jagdpeize , grüner Lodenbezug mit Schafpelzfütterung	150.—	Gr. 10—12, Sportform	38.—
Jackett-Anzüge Nadelstreifen in verschiedenen Farben und auch andere Muster . . 60.— 50.—	40.—	Sportanzüge , 3teilig a. Homesp., Cord, Whipcord, je nach Qualität und Genre . 65.— 58.— 48.—	36.—	Chauffeurmäntel a. grau. Duffel mit warmem Futter und Aermelwindschutz von	65.—	Gr. 38—44 in Sport- u. Jackettform	58.—
Jackett-Anzüge Ersatz für Maß aus soliden Stoffen, Form und Verarbeitung nach neuestem Schnitt, elegant . . 95.— 85.— 75.—	60.—	Sportanzüge , 4teilig, best. aus Sportjoppe, Weste, Breches und langer Hose aus braunem, grauem u. grün. festen Cordstoff gearbeitet	75.—	Manchester Anzüge für Herren, Jackett ganz gefüttert, mit Brecheshose und dreiteiligem Gurt . . .	36.—	Herrnanzüge , Sportform, dreiteilig.	27.—
Gabardine-Anzüge aus einfarb. u. gestr. best. Stoff, in elegantester Ausführung . . 110.— 105.—	98.—	Modell-Mäntel Herren, in hervorragender, geschmackvollster, modernster Form, aus reinwollen. Flausch- und Rafinastoffen, mit Seide gefüttert, 190.—, 175.—	160	Nackipeize für die Landbevölkerung, Chauffeurs, Kutscher, Mitfahrer, Wächter und andere, äußerst gut geeignet		Jünglings-Winterulster Größe 38/43, streng modern . . . von	18.—
Smoking und Abendanzüge in eleganter Ausführung . von	95.—			Serie I gebrauchte 25.—		Knaben-Wintermäntel in geschmackv. Dessins und Formen, Größe 0 von	6.75

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn A. G.

Eigene Kieiderwerke

Chausseestraße 29-30

Jagd-Anzüge mit Knickerbocker- od. lang. Hose, aus schwer. Winterloden in versch. Farb 65.— 53.— 48.—

gemischte Gesellschaft "Ichemo" gegründet, in der die Majorität der Sowjetregierung gehört. Die von Seiten der deutschen Gruppen erhobenen Proteste und Ansprüche werden gegenwärtig in Moskau als unbegründet angesehen, da diese Gruppen den Pachtvertrag selbst verlegt hätten, ein Privateigentum an den Bodenschätzen aber nicht mehr besitzen. Es bestehe kein Vertrag, auf den sie ihre Ansprüche stützen könnten. Die Verhandlungen der Sowjetregierung mit Harriman, der sich zurzeit in Moskau befindet, sind, wie von russischer Seite betont wird, inzwischen erfolgreich fortgeschritten. Diese Verhandlungen betreffen nicht nur die monopolistische Ausbeutung, sondern auch den Vertrieb der Erzeugnisse im Ausland. Da dies große Konzeptionsprojekte von amerikanischer Seite kommt, findet es besondere Beachtung. Inzwischen haben mehrere große deutsche Konzerne, abgesehen von der Deutschen Bank, auch ihrerseits ihre Bereitwilligkeit erklärt, eine Konzession auf die Ausbeutung und Ausrüstung der Ranganerzbergwerke zu übernehmen. Die Sowjetregierung steht den deutschen Angeboten durchaus günstig gegenüber.

Das Verhandlungsobjekt — die Ranganerzwerke in Tschiaturi — sind die reichsten und der Qualität nach besten der Welt, mit einem Ertrag von 19 bis 55 Proz. 1913 wurden auf Tschiaturi 69 Mill. Pud (54 Proz. des Exportes) aus anderen Ländern dagegen 99,6 Mill. (46 Proz.) ausgeführt. 1909/13 gingen 12 Proz. des Ranganerzexportes aus Tschiaturi nach Deutschland, 16 Proz. nach England, 6,5 Proz. nach Belgien, 4 Proz. nach den Vereinigten Staaten usw. In den Kriegs- und Nachkriegsjahren ist die Erzeugung stark gesunken, neuerdings jedoch wieder im Steigen. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen betragen die Vorräte an Ranganerz in Tschiaturi rund 6 Milliarden, die Vorräte im Bezirk Nikopol rund 3 Milliarden Pud.

Wir behalten uns vor, auf diese Preisgabe von Bodenschätzen an das Privateigentum durch die kommunistische Regierung noch ausführlicher zurückzukommen.

Weiterer leichter Rückgang der Großhandelspreise. Die auf den Stichtag des 28. Oktober berechnete Großhandelsindexzahl des statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 21. Oktober (131,1) weiter um 2 Proz. auf 128,5 Proz. zurückgegangen. Gefunten sind namentlich die Preise von Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln, Schmalz, Zucker, Rindfleisch, Hopfen, Baumwollgarn, Baumwollgewebe, wocogen Heringe, Speck, Kaffee, Pfeffer, Kalbfelle, Treibriemenleder, Baumwolle, Jute, Hanf und die Nichtmetalle im Preise anzogen. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 120,1 auf 125,0 oder um 3,2 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 119,5 auf 114,3 oder um 4,4 Proz., während die Industriestoffe von 134,8 auf 135,2 oder um 0,3 Proz. stiegen. Die Gruppe Kohle und Eisen ist mit 121,9 ungerändert. Die Inlandswaren gaben von 125,1 auf 122,0 oder um 2,5 Proz. nach, die Einfuhrwaren zogen von 160,7 auf 161,5 oder um 0,5 Proz. an.

Ein französisch-polnisches Wirtschaftsabkommen. Zwischen der französischen und der polnischen Regierung ist am Mittwoch ein neues Wirtschaftsabkommen geschlossen worden, das eine Ergänzung des provisorischen Vertrages vom Jahre 1922 bildet. Frankreich erhält darin neue sehr beträchtliche Zollermäßigungen für eine Reihe sehr wichtiger Exportartikel, insbesondere für Weine, Spirituosen, Seide und Automobile. Unter den Konzessionen, die Polen erhalten hat, befindet sich u. a. die ausdrückliche Zusicherung, daß die an Polen abgetretenen ehemaligen deutschen und österreichischen Provinzen in den Genuss aller zolltariflichen Vergünstigungen treten sollen, die ihnen im deutschen bzw. österreichischen Staatsverband vorbehalten geblieben wären.

Auf zum Wahlkampf!

Öffentliche Wählerversammlungen:

Heute, Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:
 Neukölln und Kreuzberg: im großen Saal der „Neuen Welt“, Hasenheide.
 Charlottenburg: Hohenzollern-Festhalle, Berliner Straße 105 (Ecke Wilmersdorfer Straße).
 Steglitz: Gymnasium, Heefestraße.

Tagesordnung:

**Nieder mit dem Bürgerblock!
 Es lebe die Sozialdemokratie!**

Redner: Kuttner, M. d. L., Severing, Minister des Innern, Ströbel, M. d. R.

Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

Berlin-Mitte: Musikersäle, Kaiser-Wilhelm-Straße 31.
 Tiergarten: Arminiusshalle, Bremer Straße 73. — Nationalhof, Bülowstraße 37.

Wedding: Germaniastraße, Chausseestraße 110.
 Spandau: Restaurant Markthalle, Nischendorfer Straße.
 Wannsee: Reichsadler, Königstraße 26. (Beginn 8 Uhr.)

Friedenau: Lindenpark, Berliner Str. 108. (Beginn 8 Uhr.)
 Prenzlauer: Rathaus (Bürgerhaal), Am Lauterplatz.
 Tempelhof-Marientorf: Aula Kurfürstenstraße in Mariendorf.

Ober- und Niederhönneweide, Johannisthal: Aula Berliner Straße in Niederhönneweide.
 Lichtenberg: Schulaula Parkaue.

Weißensee: Aula Realgymnasium, Borschapromenade.
 Pankow: Konzerthaus Linder, Breite Straße 34.
 Reinickendorf-Tegel: Schützenhaus in Reinickendorf-Ost, Reifendenzstraße 1/2.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Nieder mit dem Bürgerblock!
 Es lebe die Sozialdemokratie!**

Redner: Aufhäuser, M. d. R., Clara Böhm-Schuch, M. d. R., Crispian, M. d. R., Dr. Freund, M. d. L., Paul Hirsch, M. d. L., Heinig, Regierungsrat Joachim, Künstler, Kuttner, M. d. L., Dr. Löwenstein, Otto Meier, M. d. L., Dr. Moses, Heinrich Ströbel, M. d. R., Heinrich Schulz, Stellung, Dr. Wenig, M. d. L.

Tempelhof: Öffentliche Frauerversammlung Freitag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr: Lyzeum, Dorf, Ecke Germaniastraße. Referentin: Genossin Lodenhagen.

Genossinnen und Genossen Berlins! Hamburg ist ein Vorbild, hinter dem Berlin nicht zurückbleiben darf. Auf zum Wahlkampf!
 Sorgt für Massenbesuch der Versammlungen!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.



Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin S 14, Schenkstraße, 37/38. Hof 2 Tr.
 Kameradschaft Rüppell, Untergruppe Friedrichshagen: Sa. Donnerstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Schröders Festhallen, Friedrichstraße 137, Mühlentempel- und Bierbrauerei. Referent: Franz von Baumbach. — Kameradschaft Mühlentempel: Sa. Sonntag, den 1. November, abends 8 Uhr, Unterhaltungsabend im Restaurant „Zum Finkenflug“, Inhaber: Paul Behm, Berlin Str. 13. Republikaner als Gäste herzlich willkommen. — Kameradschaft Rüppell: Donnerstag, abends 8 Uhr, Antritt aller Kameraden im Vorraum der Neuen Welt. Gelächter ist Pflicht.

Sport.

Rennen zu Karlsruh am Mittwoch, den 29. Oktober.

1. Rennen. 1. Albatros (n. Drahtfeld), 2. Häsel (n. Barzels), 3. Christmann (Wienmohr). Toto: 44 : 10. Platz: 17, 22, 23 : 10. Ferner liefen: Helbig, Gedenke, Gienbacher, Klarm II, Winkler II, Breunenburg, Rein Büchel, Weiden III, Ginter, Choral, Bremen, Broding, Chausseur.
2. Rennen. 1. Remonto (Kuh), 2. Wollenkleber (Wittner), 3. Paris (C. Selker). Toto: 35 : 10. Platz: 22, 21, 16 : 10. Ferner liefen: Grotz, Gangneb, Brandladel, Heremeyer II, Klarm, Karlsruh.
3. Rennen. 1. Delfin Otto (Braun), 2. Hilrüd (n. Borke), 3. Sultan (n. Gertberg). Toto: 42 : 10. Platz: 15, 16 : 10. Ferner liefen: Siegerl, Grotzfeld, Karlsruh.
4. Rennen. 1. Berfeda (Einh), 2. Solo (Hartmannshorn), 3. Wippigo (Kranzlein). Toto: 68 : 10. Platz: 17, 18, 17 : 10. Ferner liefen: Charfreule II, Köhling, Primavera, Laßfalter, Nürschengrubler, Klus, Wabi, Tamara.
5. Rennen. 1. Wetterheide (n. Belom), 2. Rappelkopf (n. Gertberg), 3. Colberg (Elaubinger). Toto: 158 : 10. Platz: 35, 35, 21 : 10. Ferner liefen: Brillenreiter, Waldrieden, Kormoran II, Käfer, Kaufbold, Carlsmünde, Palehrina, Don II, Lächli, Karr, Champfleuri.
6. Rennen. 1. Cardinal II (Zaalede), 2. Gharlied (Eichhorn), 3. Teresina (Vewid). Toto: 30 : 10. Platz: 15, 20, 16 : 10. Ferner liefen: Bichte, Mandarin, Roguina, Schlimmer, Grotzfeld, Rapa II.
7. Rennen. 1. Gentleur (Gochler), 2. Delfin (Kuh), 3. Jungferne (Kranzlein). Toto: 55 : 10. Platz: 28, 28, 23 : 10. Ferner liefen: Ma Berth, Kalog, Blauschwarz, Mirafel, Mailäfer, Gnadigke, Siege.
8. Rennen. 1. Abteilungs: 1. Trojan (Larud), 2. Balant (München), 3. Seleda (Hörs). Toto: 36 : 10. Platz: 24, 26, 21 : 10. Ferner liefen: Gane, Waldier, Kolora, Edel, Herenprinz, Glasbörger. — 2. Abteilungs: 1. Karau (Duguenin), 2. Jojo (D. Schmidt), 3. Grotz (R. Schmidt). Toto: 159 : 10. Platz: 37, 15, 27 : 10. Ferner liefen: Dietrich, Stoffel, La Bourree, Dergentanz, Hanfa, Caldezon, Emeritus.

Better für Berlin und Umgegend. Wdh. Ueberwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern bei mäßigen südwestlichen Winden.

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung

- Beste Fairtrade, große Auswahl
- Anzug-Stoffe „gediegene Qualitäten“, in Gardine u. neuen Tuchbindungen, Dr. 140/50 cm. 15.-, 20.-, 25.-, 10.-
 - Velour de laine, Eskimo für Paletot, Mantel und Uster. 10.-, 15.-, 20.-, 8.-
 - Brette 130/50 cm.
 - Manchester-Loden für Sport-Anzüge, Pelermans, Imprégn. 6.-, 8.-, 10.-, 4.-

Koch & Seeland

Getraudenstraße 20 21 gegenüber der Grotzfeld

HALPAUS Dripoff Die edle Cigarette

HERMANN Billige Bücher

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee 191

Hervorragende Preisermässigung!
Gustav Freitag: Soll und Haben
 in 2 starken, eleganten Halblederbänden, früh. 30,00, nur **18⁰⁰**

Die **verlorene Handschrift**
 2 starke Ganzleinenbände, früh. 20,00, nur **15⁰⁰** 2 starke Halblederbände, früh. 30,00, nur **18⁰⁰**
 Diese Prunkausgaben sind illustriert mit je ca. 60 ganzseitigen Original-Steinzeichnungen von Prof. O. H. Engel und sind in jeder Beziehung bibliophile Leistungen ersten Ranges.

- Amalthea-Almanach mit dem Jahr 1930, Mit Beiträgen von Keller-David - Rilke - Schöckel u. v. a. 125 Seiten. Gebunden **1,25**
- Das Radio - Bastelbuch. Selbstunterricht von Bandenkern, Schaltungs- und Handbuch für Radioamateure Herausgeg. von H. a. G. Wross. 104 Seiten **1,80**
- Briefmarken-Katalog von Hugo Michel. 1924. Teil I. 95 Pl. Europa. G. U. S. Geb. statt 3,00 **95 Pl.**
- Daheim-Kalender für das Deutsche Reich auf das Jahr 1932, enthaltend Erzählungen, Gedichte, Aufsätze und allerlei mit vielen Illustrationen. 114 Seiten. Geb. **45 Pl.**
- Alles lustiges Berlin. Humoristische Bilder u. Skizzen von Adolf Glasser. 150 Seiten. Geb. **1,50**
- Die vegetarische Küche. Fiel-charsais für 363 Tage in Küchenzetteln und Rezepten von Math. Brügge. 124 Seiten **40 Pl.**

Alexander Dumas
 historische Romane. Jeder Band 250 in Halbledern gebunden **2,50**
 Die drei Muskettiere. 744 Seiten. Zwanzig Jahre nachher. 620 Seit. 10 Jahre später oder Der Graf von Bragelonne. 800 Seiten.
 Der Graf von Monte Christo. 700 S.
 Die Totenhand. 624 Seiten.
 Der Herr der Welt. 616 Seiten.
 Das Halsband der Königin. 728 S.
 Joseph Balsamo (Graf Cagliostro). 616 Seiten.
 Ange Pitou. 654 Seiten.
 Die Gräfin v. Charpy. 630 Seiten.
 Der Chevalier von Malson rouge. 620 Seiten.
 Alle 11 Bände zusammen nur **25,-**

Hans Thoma-Sonderheit
 der „Deutschen Kunst und Dekoration“. Mit vielen, zum Teil farbigen Abbildungen u. Text von Fr. v. Ostlin. 111 und anderen Beiträgen. Nur **60 Pl.**

Auerbach-Kinderkalender
 für 1931. Eine Festgabe für Knaben u. Mädchen. 102 Seiten, reich illustriert. Gebunden **1,50**

Geplügelte Worte. Von Georg Buchmann. Der Zitatenkatz des deutschen Volkes. Vollständige Ausgabe. Bearbeitet u. bis zur Gegenwart ergänzt von W. Heiden. 698 Seiten. 450 starke Ganzleinenbände **4,50**

Wille und Gestaltung. Ein Almanach des Verlags Dieckmann, Jena 1921. Mit Beiträgen von Carl Spitteler, Agnes Miegel, Massner, Paquet, Thoma u. v. a. Illustriert. 100 S. **35 Pl.**

Einsame Riesen. Von Eudolf Hahn. 2 Erzählungen. 104 Seit. Gebunden früher 80 Pl., jetzt **45 Pl.**

Die Todler. Roman von Korfirz Ilom. Vollständige Ausgabe in 1 Band. 450 Seiten. Leinenband **1,25**

Kastans lustiges Panoptikum. Grolliche Geschichten — erlöhle Anekdoten — aus verlungener Zeit. Illust. 136 S. Halbbd. **3,00**

Gottfried Keller. Die misbrachten Liebesbriefe — Spiegel, das Kätschen — Der Schmutz seines Glases — Drei Legenden. In 1 Band gebunden. 230 Seiten **1,25**

E. T. A. Hoffmann. Das Majorat. Das Fräulein v. Soudert. Der unheimliche Gast. Die Bergwerke zu Falun. 226 Seiten. Gebunden **1,25**

Landsberger, Romane. Millionen — Wie Hilde Simon mit Gott und dem Teufel kämpfte — Lu, die Kokotte — Teufel Marietta — Um den Sohn — Lache, Bajazzo — Wie Satan starb — Moral. Jeder Band gebunden **1,35** statt **3,50** nur

Theodor Storm. Chronik von Grischuan — Es waren zwei Königskinder — Draußen im Heidedorf — Abscheu — Am Transchana. 248 S. 125 Gebunden **1,25**

Anna Karenina. Roman aus der russischen Gesellschaft von L. Tolstoi. 688 Seiten. Halbbd. **2,-**

Heinrich Zschokke. Das Abenteuer d. Neujahrsnacht — Das blaue Wunder — Walpurgisnacht — Jonathan Fock. 224 Seiten. Gebund. **1,25**

Straparola. Die Novellen und Märchen der „Ergötlichen Nächte“. Dtsch. von Hans Fiercke. 2 Halblederbände, zus. statt 10,- nur **6,00**

Billige Romane 165

Jeder Band auf gutem Papier gedruckt und in hübschem Einband

- Alexis, Der Werwolf
- Alexis, Die falsche Waldemar
- Alexis, Die Rosen d. Herrn v. Brodow
- Artzbaschew, Spanin
- Balzac, Tollreiste Geschichten
- Boccaccio, Dekameron
- Brachvogel, Friedemann Bach
- Bulwer, Die letzten Tage von Pompeji
- Bulwer, Biensl
- Casanova, Abenteuer
- Cooper, Der rote Freibeuter
- Dickens, Die Pickwickler
- Dickens, David Copperfield
- Dostojewski, Rasokolkow
- Dumas, Lady Hamilton
- Dumas, Die drei Muskettiere
- Dumas, Der Graf von Monte Christo
- Dumas, Zwanzig Jahre nachher
- Dumas, Zehn Jahre nachher
- Dumas, Das Halsband der Königin
- Dumas, Napoleon Bonaparte
- Dumas, Die Dame mit den Kamellen
- Dumas, Millionenbraut
- Dumas-Mätzelburg, Der Herr der Welt
- Dumas-Mätzelburg, D. Totenhand
- Faubert, Madame Bovary
- Gerstlicher, Die Regulatoren
- Hackländer, Der letzte Bombardier
- Hackländer, Europ. Sklaveneben
- Hugo, Die Hirschen
- Hugo, Der Glockner von Notre Dame
- Jacobsen, Niels Lyhne
- Keller, Der grüne Heinrich
- Lagerlöf, Gösta Berling
- Lagerlöf, Jernsten
- Manson, Die Verlobten
- Marritt, Goldelo
- Marritt, Geheimnis d. alten Mamsell
- Marritt, Heideprinzesschen
- Marritt, Reichgräfin Ghela
- Marritt, Die zweite Frau
- Marritt, Im Schillingshot
- Marritt, Die Frau mit den Karfunkelsteinen
- Marryat, Der fliegende Holländer
- Marryat, Die Kinder des Neuwaldes
- Maupassant, Der schöne Freund
- Murger, Zigeunerleben
- Natanson, Elisabeth
- Sacher-Masoch, Katharina II.
- Sache r-Masoch, Das Dame im Pals
- Scheffel, Ekkohay
- Sienkiewicz, Mit Feuer u. Schwert
- Sienkiewicz, Hirtent
- Sienkiewicz, Quo vadis?
- Sue, Der ewige Jude
- Sue, Die Geheimnisse von Paris
- Tolstoi, Auferstehung
- Tolstoi, Kreutzersonate
- Verne, 10000 Meilen unter d. Meer
- Verne, Von der Erde zum Mond u. Reise um den Mond
- Verne, Der Kurier des Zaren
- Verne, Die Abenteuer des Kapitän Hatteras
- Verne, Die Kinder des Kapitän Grant
- Verne, Die geheimnisvolle Insel
- Walters, Ron Hur
- Wilds, Das Bildnis des Dorian Gray
- Zola, Germinal
- Zola, Nana
- Zola, Das Paradies der Damen

Das Höcker-Rösslein. Von F. Eschow. Das berühmteste Rassenmähren, übertragen von Hg. Strassburger, mit farbigen prächtigen Illustrationen von Georg Schlicht. **95 Pl.** Kartoniert

Hans v. Kahlenberg. Das starke Geschlecht. Novellen. 184 S. — Die unechten Bandow. Roman. 191 Seiten. — Ueber dem Dunst. Roman. 233 Seiten. In eleganten 125 Leinenbänden Jeder Band

Unsere Spielwaren-Ausstellungen sind eröffnet!

